

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 243.

Donnerstag, den 17. Oktober 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

„Untertanen.“

Schon wiederholt hatten wir Gelegenheit zu bemerken, daß das „Berliner Tageblatt“ in seiner Montagsausgabe, die augenscheinlich von einer Spezialredaktion besorgt wird, selbstlich vernünftige Gedanken in die Welt setzt, wie sie zu dem sonstigen Inhalt des Blattes schlechterdings nicht passen. So fanden wir auch diese Woche wieder einen Leitartikel darin, der ganz hübsch gegen die „Geschichtsklitterung“ unseres Schulunterrichts zu Felde zieht. Nicht daß wir in all und jedem mit den darin geäußerten Ansichten übereinstimmen! So z. B. irrt der Verfasser nach unserer Überzeugung, wenn er glaubt, daß der Kaiser, als er in seinen bekannten Reden im Jahre 1890 die neuen Bahnen für den Geschichtsunterricht wies, nicht gewollt habe, daß das ganze Werden des deutschen oder wenigstens des preussischen Volkes der Jugend als ein Werk der Hohenzollern dargestellt werde. Aber hiervon abgesehen, ist es doch ganz nett von einem bürgerlichen Blatte, wenn es z. B. schreibt:

„Kaiser Wilhelm II. hat die deutsche Schule nationaler gemacht, das war ein Verdienst. Nur schade, daß in der preussischen Unterrichtsverwaltung an „maßgebender“ Stelle nur gute Untertanen, nicht Bürger saßen. So gingen die Verufenen hin und dekretierten: Die griechischen Götter werden auf allerhöchsten Befehl jetzt abgesetzt. Dafür setzt ihr die preussischen Herrscher ohne Ausnahme als Halbgötter ein.“

Und weiter:

„In den höheren Schulen hängt's noch einigermaßen vom Lehrer ab. Wenn er kein „Untertan“ ist, kann er, ohne gleich sein Amt zu riskieren, auch als Bürger dozieren. Anders steht's mit dem für die Gesamtheit viel wichtigeren preussischen Volksschullehrer.“

Und nun wird ganz zutreffend geschildert, wie dieser in seinem eigenen Bildungsgang von Jugend auf nie „aus dem Bannkreis des Drills“ herauskommt, wie er in seiner Amtstätigkeit auf Schritt und Tritt überwacht und bevormundet wird, und an was für eine Sorte „Lehrbücher“ er sich halten muß.

„Da haben wir alles. Der Kaiser als Kind. Der Kaiser als Prinz. Der Kaiser als Verlobter. Der Kaiser als Vater. Keine noch so gleichgültige Denkmalseinweihung, kein noch so belangloser Fürstenbesuch ist vergessen. Wie aus Erz gegossen, auf einjamer Höhe stehend, so eröffnet des Staates erster Diener den Nordostseekanal. Wir haben durch des Königs „Gnade“ einen Landtag in Preußen, ein Parlament im Reich. Natürlich, ganz läßt sich's nicht verschweigen. Schon um die künftigen Untertanen vor den freihetlichen Parteien zu warnen. Aber man gibt nur die Namen, nur das Äußerliche von diesen revolutionären Begriffen. Um Gottes willen hier nicht in die Tiefe gehen! ... Was sind Stein und Hardenberg gegen den Wassiforten der preussischen Regenten? Was ist Bismarck? Die einen sind Männer, die so nebenher ein paar Reformen durchdrücken, von denen der Schüler nur einige Schlagworte hört. Der andere der treue Diener seines Herrn.“

Das Ganze klingt aus in die bange Frage:

„Und wie erscheint dem aufwachsenden Menschentum die Welt, wenn alles, was mit der Zeit errungen und erkämpft wurde, so vorwiegend als ein Ausfluß königlicher Einsicht und „Gnade“ dargestellt wird? Und wieviel Lebendiges, wieviel Unentbehrliches an geschichtlichem Besitz wird hier der Erziehung zum besten Hurratriotismus geopfert!“

Wie gesagt, das ist eine ganz nette Leistung für ein bürgerliches Blatt, wiewohl wir von unserem Standpunkt aus bedeutend weitergehen. Nach unserer Meinung ist es z. B. ziemlich gleichgültig, ob man das Werden der Völker als Werk ihrer Fürsten oder als das ihrer Staatsmänner hinstellt. Die Verherrlichung Bismarcks z. B. wäre genau so wenig Geschichte wie die Verherrlichung seines Kaisers. Ja gerade in dem Übermaß, womit man gegenwärtig den Kultus der „großen Männer“ an Stelle eines wirklichen Geschichtsunterrichts treibt, liegt unseres Erachtens ein Gegengift. Denn die Kinder, die dabei nicht die Absicht merken und verstimmt werden, müßten schon sehr dumm sein. Im allgemeinen haben aber Kinder ein sehr feines Gefühl für alles, was man mit ihnen vornimmt. Und in der Tat ist ja trotz alledem und alledem die Wirkung dieser Sorte von Unterricht so wenig nachhaltig, daß man sich genötigt sieht, noch außerdem der „Verführung“ der aus der Schule entlassenen jungen Leuten mit Hochverratsprozessen entgegenzutreten. Endlich und hauptsächlich würden wir — entgegen dem „Berl. Tagebl.“ — in einer „liberaleren“ Handhabung des Unterrichts keine Abhilfe sehen, weil nach unserer Überzeugung auch dann die Schule immer noch ein Werkzeug des Klassenstaats bliebe, vielleicht sogar ein wirksameres als sie es jetzt ist.

Indessen, diese unsere grundsätzlichen Ansichten haben wir oft genug zum Ausdruck gebracht. Etwas anderes ist

es, was uns an dem Artikel des „B. L.“ interessiert. So zutreffend nämlich das Blatt den Krebschaden unseres Schulwesens schildert, so vergißt es doch, daß hiermit die „Erziehung zur Untertänigkeit“ noch lange nicht abgeschlossen ist. Der Hurratriotismus würde nicht halb so widerwärtig in die Erscheinung treten, wenn er nicht genährt und gepflegt würde von einer bestimmten Sorte von Zeitungen, unter denen das „Berl. Tagebl.“ in erster Linie zu nennen ist.

Man urteile selbst!

Unmittelbar hinter dem Leitartikel, der die „Geschichtsklitterung“ und den Geist der Untertänigkeit so treffend verdonnert — also an erster Stelle im politischen Teil, und dadurch als wichtiges politisches Ereignis des Tages markiert, steht ein Artikel „Kaiser Franz Josef.“ Was erfahren wir da?

„Kaiser Franz Josef ist, wie amtlich aus Wien gemeldet wird, noch immer nicht fieberfrei; die katarrhischen Erscheinungen (heißt auf deutsch: Schnupfen und Husten. Red.) haben, so wird hinzugefügt, etwas zugenommen, wenn auch nicht in bedrohlicher Weise.“

Infolge dessen werde der Kaiser einige Wochen lang das Zimmer nicht verlassen können.

Ein weiterer Drahtbericht besagt:

Wien, 13. Oktober (Privat-Telegramm.) Der Katarrh, an dem der Kaiser leidet, hat auch heute noch nicht nachgelassen. Die Ärzte glauben, daß dieser Zustand noch einige Tage unverändert bleiben wird, und empfehlen daher große Schonung. Der Kaiserverließ darum des Morgens das Lager etwas später als sonst. . . .

Damit aber noch lange nicht genug. Sondern nun geht's weiter:

„Von anderer Seite wird noch unter dem Datum des 13. gemeldet:“

Und nun folgen noch 12 Druckzeilen, um zu erzählen, daß der Kaiser bis Mittag fieberfrei war, seitdem wieder fieber und um 1/9 Uhr eingeschlafen ist.

Wie hieß es doch oben ganz treffend? „Keine noch so gleichgültige Denkmalseinweihung, kein noch so belangloser Fürstenbesuch ist vergessen.“ — Und nun hier? Da fehlt kein Schnupfen, kein Husten. Da werden zwei Privat-Telegramme mit teurem Gelde bezahlt, um nur ja zu registrieren, daß der Kaiser morgens ein wenig später aufgestanden und abends um 1/9 Uhr eingeschlafen ist. So müssen denn die Leser, die so etwas tagtäglich vorgelesen bekommen — denn es geht nicht etwa nur ausnahmsweise im „B. L.“ so zu — müssen denn solche Leser nicht bis zur Gehirnerweichung untertänig werden!

Wir kennen wohl das Geschwafel, womit man hierauf meist entgegnet. Der Kaiser von Österreich, so wird es heißen, sei ein sehr alter Mann, in seinem Alter könne jedes Unwohlsein zum schlimmsten führen, und das Ableben eines regierenden Fürsten sei nun einmal ein politisches Ereignis, worauf ein politisches Blatt seine Leser vorbereiten müsse. Soweit dieser Schwatz ernst gemeint ist, würde er die Berechtigung der „Geschichtsklitterung“ bestätigen, die das „B. L.“ im Leitartikel in Grund und Boden donnert. Wozu dann der Lärm? Aber er ist gar nicht ernst gemeint. Denn in genau derselben Weise werden in jener Presse die Privatangelegenheiten sämtlicher Fürstlichkeiten, auch der nicht regierenden, auch der allerjüngsten breit getreten. Ja sogar die von Personen, die nur noch indirekt mit Fürstlichkeiten zu tun haben. So steht z. B. das „Berl. Tageblatt“ an der Spitze der Blätter, die ihre Leser unausgesetzt mit den Angelegenheiten der Frau Josefi unterhalten haben, bloß weil sie früher einmal Kronprinzessin gewesen. Und der „Ulk“, eine Wochenbeilage des „Berl. Tagebl.“, hat nun schon drei Wochen lang in jeder Nummer „Wiße“ über die Privatangelegenheiten dieser Frau losgelassen. Wenn somit der Leser tagaus tagein mit Nachrichten aus dem Leben fürstlicher Persönlichkeiten gefüttert wird, so muß er ja zu der Idee kommen, daß dies das Wichtigste für jedermann sei, und der Geist der Untertänigkeit, der ihm in der Schule mit so großem Nachdruck eingebläut worden, wird auf diese Weise mit Liebe und Sorgfalt weiter gepflegt.

Genau ebenso werden aber auch die wirklich politischen Angelegenheiten vom „B. L.“ behandelt. Wirklich politisch sind z. B. die Kolonialangelegenheiten. Und was lesen wir weiter in derselben Nummer desselben Blattes? In Dar-es-salam hat letzten Freitag Herr Dernburg auf einem Bierabend eine Rede geredet. Wichtig genug, um darüber im „B. L.“ eine Depeche zu veröffentlichen! Dabei sagte er unter anderem:

„Die Leistungen (der Beamten, der Missionare, der Kaufleute und der Pflanzler) seien um so mehr anzuerkennenwert, als sie unter sehr schwierigen äußeren Verhältnissen vor sich gingen, was die Regierung nicht vergessen werde.“

Ereuzung haben also gnädigst den „Bürgern“ eine gute Zensur auszustellen geruht. Und das

„B. L.“ posant dieses wichtige Ereignis in die Welt hinaus, ohne sich im mindesten damit zu beschweren, daß das denn doch eine maßlose Überhebung bedeuten würde, wenn eben nicht Herr Dernburg in den Kaufleuten, Pflanzern usw. simple „Untertanen“ sehen würde.

Wozu aber dann die Aufregung wegen der Geschichtsklitterung in den Schulen? Handelt es sich um die Frage, warum ein gewisser Teil des deutschen Volkes immer noch nicht aus „Untertanen“ zu Bürgern geworden, so mögen das „B. L.“ und die anderen Blätter seines Schlages sich vor allen Dingen an der eigenen geehrten Nase ziehen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen die Reichseinkommensteuer

wendet sich mit aller Schärfe die halbamtliche „Leipziger Zeitung“. In Deutschland sei die Quelle der direkten Besteuerung schon jetzt in ziemlich erschöpfender Weise in Anspruch genommen. Wenn zu den direkten Steuern für Zwecke des Staates, der Gemeinde, der Kirche usw. noch direkte Reichsteuern treten würden, so würde das „in weiten Kreisen starken Unmut erregen“. Ein Festhalten an dem Grundsatze, daß den Einzelstaaten die direkten Steuerquellen vorbehalten bleiben müßten, sei „unerlässlich“.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ gibt diese Polemik gegen die demagogischen Ausführungen der Wassermann und Mann ohne Kommentar, also offenbar zustimmend, wieder.

Der Freisinn weiß also, daß alle Mehrausgaben, die er für Heer, Flotte und Kolonien bewilligt, schließlich aus indirekten Steuern aufgebracht werden! Das wird ihn aber nicht abhalten, jeder Regierungsvorlage für die „nationalen“ Zwecke der Panzerplattenpatronen und der Kolonialinteressen zuzustimmen!

Prinzip und Kompromiß.

Im Berliner „Morgen“ erörtert der Prof. Dr. Hugo Preuß, selbst ein Freisinniger, die Blockpolitik und gibt seinen Gesinnungsgenossen vom Freisinn einige treffliche Lehren, dahingehend, daß man in der Blockpolitik zwar nur Kompromisse erzielen könne, nicht aber damit anfangen und das Kompromißprinzip zum Prinzip erheben dürfe. Er schreibt:

„Das Kompromißprinzip kann das Ende eines ernsten Kampfes für das Prinzip sein; das Prinzip des Kompromisses vor dem Kampfe ist die Kapitulation. Daß eine Partei, die nicht die Macht hat, der Geseggebung ihre Forderungen zu diktieren, schließlich auch für eine Lösung zu haben ist, die ihr Programm zwar nicht erfüllt, sich aber ihm annähert, das ist so selbstverständlich, daß die ausdrückliche Proklamierung dieser Selbstverständlichkeit die Bedeutung hat, die Programmforderung von vornherein zu eliminieren und die Möglichkeit des Erreichbaren auf ein um so tieferes Niveau herabzudrücken. Es war die unverzeihliche Sünde der Nationalliberalen in ihrer Blütezeit, nicht, daß sie Kompromisse schloßen, sondern daß sie Stümper in dieser Kunst waren, indem sie das Kompromiß zum Prinzip erhoben. Ob der Liberalismus im Block unverständlicher geworden? Die erste Probe, die Instruktion der preussischen Wahlreform, berechtigt zu den allererschlechtesten Erwartungen; wie bei dem Bierde mit den abtütigen Mängeln ist ungefähr alles da, was nicht da sein sollte.“

Die Darlegung trifft den Nagel auf den Kopf, leider auch nur allzusehr, soweit sie das Verhalten der Freisinnigen in der Wahlrechtsfrage berührt. Die „maßgebenden“ Personen sind nur zu sehr bereit, von vornherein möglichst viel von ihren „grundsätzlichen“ Forderungen preiszugeben, um nur ja auch fernerhin für würdig befunden zu werden, im Block „nationale“ Politik machen zu helfen. Herr Fachnick hat ja tatsächlich schon die Kompromißerei zum Prinzip erhoben. Wenn der gesamte Freisinn die politische Situation richtig zu erfassen vermöchte und nach der gewonnenen Erkenntnis zu handeln den Mut hätte, wenn es ihm weiter wirklich ernst ist mit seinem Verlangen nach dem Reichstagswahlrecht in Preußen und nach anderen liberalen Reformen, so müßte er, gerade um im Block etwas zu gelten, die Möglichkeit schaffen, der Regierung und den Konserwatoren einen Block der Linken gegenüberzustellen, d. h. er darf, wie Dr. Preuß sagt, „die Fühlung nach links, mit der Sozialdemokratie, nicht völlig verlieren, so sehr ihm dies gerade als vornehmste Bedingung seiner Blockpolitik angepriesen wird.“

Solch verständige Taktik verhindert aber der bornierte Sozialistenhaß, den Engen Richter systematisch dem frei-

Funigen Spießbürgertum eingepfist hat. Und da man nach dem Prinzip nicht zu handeln wagt, so macht man das Kompromiss zum Prinzip.

Siegreiche Stichwahl.

Bei der Stichwahl im reußischen Landtagswahlkreis Triebes-Hohenleuben wurde der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Drechsler, gewählt.

Zu der Naturgeschichte des Herrn v. Liebert.

Aus der Erklärung, die der frühere Leutnant Bronsart v. Schellendorf zu dem Münchner Petersprozeß abgegeben hat, und die uns erst jetzt vollständig zu Gesicht kommt, ist noch ein wichtiger Passus nachzutragen. Er lautet:

Gouverneur v. Liebert äußerte seinerzeit bei eben jenem Frühstück in Dar-es-Salam zu mir über die Allmandjaro-Sache von Peters: Peters ist ein ganz toller Kerl. Ich hätte nur damals Gouverneur sein sollen. . . . überhaupt sprach sich Herr v. Liebert in den allerhöflichsten Ausdrücken über Peters aus. Und jetzt nimmt er Peters plötzlich in Schutz.

Daß Herr v. Liebert kann reden rechts und kann reden links, heute gegen den Peters und morgen für den Peters, erklärt die innige Sympathie, die Schmock Eiman für ihn empfindet.

Getrene Bloßbrüder.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Die angekündigte Sitzung des sogenannten Einigungsausschusses der drei freisinnigen Parteien hat gestern stattgefunden. Der Ausschuss beschäftigt sich natürlich mit der preussischen Wahlrechtsfrage und mit der Veranlassung einer großen Einigungsversammlung in Frankfurt. Da in dem Ausschuss am häufigsten die bekannten „eigen Konventikel“ vertreten sind, von denen das offizielle Organ des Fortschrittlichen Vereins Waldeck neulich so abfällig sprach, dürften die Beschlüsse über die Wahlrechtsfrage wohl im Sinne dieser Elemente und der preussischen Regierung ausgefallen sein. Die Versammlung in Frankfurt wird voraussichtlich zu Ende kommen.

Diese Meinung besagt nicht mehr und nicht minder, als daß der freisinnige Einigungsansatz es ablehnt, die Forderung Barths nach sofortiger Einführung wenigstens des geheimen Stimmrechts zur Einigung zu machen. Eine Begründung dieses freisinnigen Beschlusses wird nicht gegeben, sofern man nicht etwa eine Notiz dafür nehmen darf, die sich in die — „Deutsche Tageszeitung“ verirrt hat. Sie lautet:

Der heimgekehrte Barth hat seine politische Schriftsteller wieder aufgenommen und macht den Vorschlag, man möge in der nächsten Tagung des preussischen Landtags eine Art Vorgesetz vorlegen, durch das die geheime Stimmabgabe in Preußen eingeführt werden solle. Um diesen vollkommenen und möglichen Vorschlag zu machen, dazu hätte Herr Barth nicht erst aus Amerika zurückkehren brauchen. Die politischen Parteien werden dem Vorschlag kaum ernst nehmen, und die Regierung wird sich hüten, ihm näher zu treten.

Das ist das einzige laute Echo aus dem Block, den der Vorschlag Barths bisher gefunden hat. Die anderen sind klüger: sie schweigen ihn tot, um ihn heimlich abzumürgen.

Liebert als Beamteninspektor!

Wir die „Heftige Landeszeitung“ berichtet, daß der Gerichtsjekretär Werner in Kirchheim (Bezirk Kassel), nachdem ihm vom Ministerium hierzu ein Urlaub bewilligt worden, zu einem Agitationsausbildungskursus des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nach Kassel abberufen worden und bereits dortigen abgereist.

Sobald diese unglückliche Nachricht auf Wahrheit beruht, so beweist sie nur aufs neue, daß jedes Rechtsgesühl in Preußen anshört, sobald es sich um den Kampf gegen die Sozialdemokratie handelt.

Es ist offenbar ein außerordentlich und ungeleglicher Mißbrauch der Steuererlöse, die überwiegend von der großen Masse des arbeitenden Volkes aufgebracht werden müssen, wenn sie dazu verwendet werden, Spottel des Reichslügenerverbandes auszubilden! Es ist bezeichnend, daß sich ein beim Gericht angestellter Beamter dazu ansetzen will, gegen die Sozialdemokratie dreifach zu werden. Sollte man nicht noch weiter gehen und auch Beamten, die später als Richter arbeiten sollen, in solche Hypokritenklassen drängen? Mit welchem Recht veranlaßt die Regierung die Selber für die Verbreitungsstellen solcher Beamten? Die Regierung wird freilich darauf gar nicht antworten! Sie ist doch in der Tat unantastbar, so lange es Feind des preussischen Volkes erweist sind. Das Gehaltsverhältnis bedeutet eben die Unantastbarkeit der Regierung!

Wichtiges wieder eine Schwärze, die den „Liberale“ Strahlung umschwebt!

Eingebornenbehandlung in Ostpreußen.

Der Reichsminister des Innern hat nach mehrmaliger Erwägung über die Art, wie manche Bürger in Ostpreußen die Eingebornen behandeln. Er ist dabei der Präjudikate des Reichs! Nur möchte sie verhältnismäßig abgemildert werden. Er führt dann fort:

Europäern, welche die Schwarzen behandeln und bezüchten, mag man nicht als unantastbar und ungeschwächt anerkennen. Das gilt namentlich für die Händler, die bei uns die wichtigsten Handelswaren der Schwarz mit den Kindern abhandeln. Das ist die Sache der Eingebornen. Die Eingebornen der Schwarz haben, heutzutage, in Ostpreußen mit einem Namen bezeichnet, den die Eingebornen nicht in Ostpreußen als Fremde. Die Eingebornen der Schwarz, die hier nicht ankommen, sind zum guten Teil nach ihrer Herkunft aus dem Süden von Ostpreußen. Die Schwarz nennt sie „Schwarz“, d. h. unantastbar. Selber haben sich auch Deutsche solcher Rücksichtslosigkeit schuldig gemacht.

Die Schwarz nennt man in Ostpreußen gegenüber unantastbar, die Schwarz, namentlich schwarze Arbeiter, die vereinzelten Arbeiterbedingungen unterliegen.

gen Vorwänden nicht innehalten. Es gibt z. B. Leute, die es systematisch durch rohe Behandlung darauf anlegen, ihre Träger kurz vor Beendigung einer Safari, nachdem die Hauptarbeit getan ist, zum Entlaufen zu bringen. Die neuen Träger, die sie an ihrer Stelle annehmen, brauchen dann natürlich nur für wenige Tage bezahlt zu werden.

Das sind ja allerliebste Kulturmethoden! Der Berichterstatter will diese Methoden freilich energisch bekämpfen. Aber man kann doch nicht jedem Weißen einen weißen Schuhmann zur Beobachtung mitgeben! Und die Aussagen der Eingeborenen selbst gelten ja als unglaubwürdig!

Die Presseereien, Erpressungen und Mißhandlungen werden sich also schwer austrotten lassen! Kommt es aber zum Aufstand, so werden eben ein paar tausend Schwarze ins Senjens befördert!

Koloniale Kulturpolitik.

Skandal über Skandal.

Den Hoffskandalen folgen die Hoftheater skandale. Der „Rhein. Kurier“ veröffentlicht die folgende Erklärung:

Im Auftrage Seiner Excellenz des kgl. Generalintendanten, Herrn v. Hülßen, bitte ich Sie, mit Rücksicht auf den im „Berliner Beobachter“ vom 12. Oktober erschienenen Artikel „Skandale an der Hofoper“ um Aufnahme folgender Erklärung: Die von Herrn Frank gegen Herrn v. Hülßen erstattete Anzeige ist nach Erhebung der von Herrn Frank angetretenen Beweise durch Bescheid des kgl. Staatsanwalts beim kgl. Landgericht I in Berlin vom 7. Oktober 1907 als völlig unbegründet zurückgewiesen worden. Ferner hat das auf Antrag des Herrn v. Hülßen gegen Herrn Frank seit dem 22. Juli bei dem Landgericht I Berlin schwebende Strafverfahren wegen Erpressungsverfuch und Beleidigung dem Gericht Veranlassung gegeben, Ermittlungen darüber anzustellen, ob Herr Frank zurechnungsfähig ist. Endlich habe ich gegen den verantwortlichen Redakteur des „Berl. Beobachters“ und den Verfasser des eingangs erwähnten Artikels namens des Herrn v. Hülßen Strafanklage gestellt. Ich bin beauftragt, gegen jeden, der der Ehre meines Mandats zu nahe tritt, in gleicher Weise vorzugehen. Wiesbaden, 14. Okt. 1907.

Gez. Justizrat Siebert. Liebliche Zustände! Unterem Regime des französischen Königs Ludwig XVI. kann's nicht viel ärger gewesen sein.

Wo in Preußen gespart werden könnte.

Der preussische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben hat für diverse dringende Dinge keine Mittel und die einfache Drohung mit einer Erhöhung der Einkommensteuer verspricht sofort den Bewilligungseifer der Gesetzgeber im Dreiklassenparlament. Dabei hat Preußen einen Ausgabeposten in Höhe von 323 400 Mk., der mit einem Aufwande gestrichen werden könnte, nämlich die fortwährenden Kosten für die preussischen diplomatischen Vertretungen an deutschen Höfen. Solche Vertretungen haben in der Tat gar keinen Sinn, sie tragen vielmehr den Charakter von Sinekuren. Preußen unterhält Gesandte in:

- München mit einem Gehalt von 45 000 Mk.
- Dresden mit einem Gehalt von 30 000 „
- Hamburg mit einem Gehalt von 30 000 „
- Karlsruhe mit einem Gehalt von 30 000 „
- Stuttgart mit einem Gehalt von 30 000 „
- Darmstadt mit einem Gehalt von 24 000 „
- Odenburg mit einem Gehalt von 24 000 „
- Weimar mit einem Gehalt von 18 000 „

Dazu kommen noch Legationssekretäre in Hamburg mit einem Gehalt von 6 000 Mk., Dresden mit einem Gehalt von 5 100 „, Königsberg mit einem Gehalt von 5 100 „, Stuttgart mit einem Gehalt von 4 800 „.

Ferner sind vorhanden Kanzleivorstände und Legationskassisten, die an Gehalt zusammen beziehen 46 200 Mk.

Für geschäftliche Bedürfnisse dieser diplomatischen Vertretungen sind in den Etat eingestellt 91 500 Mark. für Sachliche und vermehrte Ausgaben 19 100 Mk., Unterhaltung der Gesandtschaftsgebäude, Stellvertretungskosten, Unwegsgelder usw. 57 000 Mk.

In München soll ein neues Gebäude für die preussische Gesandtschaft gebaut werden, mit einem Kostenaufwand von 407 500 Mk.

Dabei haben diese Gesandten sehr wenig, der in Weimar jedoch gar nichts zu tun. Differenzen zwischen den einzelnen Staaten, so z. B. bei Steuerfragen werden im Bundesrat erörtert oder die einzelstaatlichen Finanzminister treten nach Berlin und verhandeln da direkt mit dem preussischen Finanzminister.

Zur Verstärkung in der Diplomatie ist nur der Adel berechtigt, ihn sind diese angenehmen Posten ausschließlich vorbehalten. Von der Tätigkeit dieser Herren sind bloß zwei Fälle aus neuerer Zeit bekannt: Der preussische Gesandte in München gab ein Abendessen, als Veranlassung auf der Reise nach Afrika in München sich einige Stunden aufhielt und der Gesandte in Baden hat anlässlich des Todes des heidlichen Großherzogs Krünge nach der Insel Kosmos geschifft und dort niedergelegt.

Rußland.

Roberte russische Justiz. In Slogoweschtschensk wurde im November vorigen Jahres ein gewisser Herr Pankow von Feldgericht zum Tode verurteilt. Dieses Urteil wurde „pazifisch“ nicht vollstreckt. Das Gericht war nämlich von dem in dieser Nachfrage nicht kompetenten Gouverneur phrasenangelehrt worden, und der Generalgouverneur erkannte nur deshalb das Urteil dieses Gerichtshofes nicht an. Die Angelegenheit mußte daher dem Schwurgericht übergeben werden. Der Staatsanwalt im Schwurgericht begann seine Anklage mit folgenden Worten: „Mit Johanna Herzog, meine Herren Richter, mußte ich mich zur Anklage einer Person, welche bereits zur Todesstrafe verurteilt worden ist.“ Er forderte die geringste zulässige Strafe, und das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Arrest. — Zwei Monate Arrest und Todesstrafe — das sind zwei verständliche Urteile in derselben Sache, welche nur der Gewissenshauch eines und desselben Staates gestattet werden muß.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 17. Oktober.

Die Ergänzungswahlen zur Bürgererschaft stehen vor der Tür: im November d. J. sollen 42 Vertreter im das Parlament unseres kleinen Freistaates gewählt werden. Obwohl bekanntlich die Bürgerchaftsverhandlungen in der Hauptsache öffentlich sind, so ist es dennoch notwendig, daß die Abgeordneten vor den Wählern Rechenschaft über ihre parlamentarische Tätigkeit ablegen. Die Sozialdemokratie hat das bisher immer so gehalten, während die Wähler der Vertreter des Vaterstädtischen Vereins wohl für die Kandidaten stimmen dürfen, sonst aber nichts zu sagen haben. Am kommenden Montag findet im Vereinshaus eine große Volksversammlung statt, in der Genosse Wissell über die Bürgerchaftswahlen sprechen wird. Zugleich wird der Referat über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bürgerchaftsfraktion Bericht erstatten. Es ist dringend notwendig, daß alle Parteigenossen und Bürgerchaftswähler in dieser Versammlung erscheinen. Wir machen deshalb schon jetzt darauf aufmerksam.

Die Anstellung von Schulärzten ist eine von der Sozialdemokratie seit langer Zeit mit Nachdruck erhobene Forderung. Namentlich scheint dieselbe auch in Lübeck erfüllt zu werden, denn dem Bürgerausschuß lag in seiner gestrigen Sitzung ein Senatsdekret vor, das folgendes besagt: Die Oberschulbehörde hat in ihrem Bericht an den Senat vom 6. April 1906 die Gründe dargelegt, die für die Einführung eines schulärztlichen Dienstes bei den hiesigen öffentlichen Schulen sprechen, und daran den Antrag geknüpft, Schulärzte anzustellen. Im Auftrage des Senates hat sich zunächst das Medizinalkollegium gutachtlich zur Sache geäußert. Das Finanzdepartement, zu einer Erklärung aufgefordert, hat sich im Gegensatz zu dem Medizinalkollegium, das eine Ausdehnung der schulärztlichen Überwachung auf die Privatschulen befürwortet hat, für eine Beschränkung dieser Einrichtung auf die Volksschulen ausgesprochen mit der Begründung, daß die Einrichtung der Schulärzte noch zu neu und unerprobt sei, um eine Anstellung von solchen gleich für sämtliche Schulen Lübecks geboten erscheinen zu lassen. Namentlich mit Rücksicht auf diese verschiedene Stellungnahme der zur Ausfertigung aufgeforderten Behörden hat der Senat die Oberschulbehörde zu einer nochmaligen Erklärung veranlaßt. Nach Eingang dieses erneuten Berichtes hat der Senat nochmals eine Äußerung des Finanzdepartements eingeholt. Das Finanzdepartement hat bei den Magistraten der Städte Braunschweig, Danzig, Erfurt, Hildesheim, Kiel, Magdeburg und Stettin angefragt, wie sich dort die Einrichtung von Schulärzten bewährt habe, insbesondere ob sich in der Handhabung der Einrichtung irgend welche Schwierigkeiten ergeben hätten. Mit Rücksicht auf die erhaltenen Antworten hat das Finanzdepartement erklärt, gegen die Anstellung von Schulärzten dann keine Bedenken erheben zu wollen, wenn sie auf die Volksschulen beschränkt werde, wie dies nach dem Inhalte der erwähnten Antworten auch in Braunschweig, Danzig, Magdeburg, Stettin und Kiel der Fall sei. Eine weitere Ausdehnung werde dem Staate unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen, die jedenfalls so lange gespart werden könnten, bis auch hier Erfahrungen über die Tätigkeit der Schulärzte gemacht seien. Der Senat ist nach diesen Äußerungen der verschiedenen Behörden der Ansicht, daß die Anstellung von Schulärzten jedenfalls für die Mittel- und Volksschulen einem Bedürfnis entspricht, daß dagegen von der Einführung der schulärztlichen Überwachung an den Privatschulen und den staatlich höheren Schulen vorerst abzusehen ist. Er beabsichtigt, deswegen bei der Bürgerchaft zu beantragen, daß der Oberschulbehörde zur Anstellung von Schulärzten an den staatlichen Mittel- und Volksschulen der Stadt Lübeck und der Vorstädte für die drei Rechnungsjahre 1908, 1909 und 1910 je 6000 Mk. und außerdem für die Anschaffung der zu den Untersuchungen der Schulkinder erforderlichen Hilfsmittel, sowie von Bordrucken einmalf 1000 Mk. zur Verfügung gestellt und demgemäß diese Beträge mit 7000 Mk. in den Voranschlag des Rechnungsjahres 1908, mit je 6000 Mk. in die Voranschläge der Rechnungsjahre 1909 und 1910 eingestellt werden. Bei der Beratung dieser Senatsvorlage im Bürgerausschuß beantragte u. a. Gemeindevorsteher Meinde-Travemünde hinter den Worten „an den staatlichen Mittel- und Volksschulen der Stadt Lübeck und der Vorstädte“ einzufügen: „sowie an den Bezirksschulen in Travemünde und in Schlutup“ und die Summen von 6000 und 7000 Mk. um je 500 Mk. zu erhöhen. Rastor Becker beantragte hinter den Worten „an den staatlichen Mittel- und Volksschulen der Stadt Lübeck und der Vorstädte“ einzufügen: „und dem staatlichen Lehrerseminar“. Der Bürgerausschuß lehnte den Antrag Meinde ab und erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages mit dem von Becker beantragten Zusatz.

Der Bürgerausschuß beschloß in seiner gestrigen Sitzung den Ankauf eines 4720 Quadratmeter großen, südlich von der Moislinger Allee gelegenen Platzes von Kaufmann Jappe zum Preise von 9440 Mk., sowie den Erwerb einiger kleinerer Flächen in Siems und Israelsdorf. Ein vom Senat vorgelegter Nachtrag zum Gesetz über die Dienstverhältnisse der Gerichtsschreiber und Gerichtsschreibergehilfen vom 17. März 1902 fand die Billigung des Bürgerausschusses. Der Senat beabsichtigt danach, den Vorbereitungsdienst für Gerichtsschreiber auf drei Jahre und denjenigen für Gerichtsschreibergehilfen auf ein Jahr zu erhöhen. — Bei einem am 16. Oktober in Israelsdorf entstandenen Feuer ist an einer Dampfprisse ein Wasserrohr geplatzt, wodurch der Kessel und die ganze Dampfprisse unbrauchbar geworden sind. Der Senat beantragte daher für die Beschaffung eines neuen Kessels die Bewilligung von 5000 Mk., und der Bürgerausschuß beschloß demgemäß. Zur Beratung fand dann noch der Bericht der Kommission zur Vorprüfung des Senatsantrages betr. Ausgestaltung des Lübeckischen Lehrerbildungswesens.

Von der sozialdemokratischen Genossenschaftsbücherei.

Unter dieser Schlagmarke veröffentlicht die „Lüb. Tz.“ vor einigen Tagen folgende Zuschrift: Ich habe zwei Jahre in der Genossenschaftsbücherei gearbeitet und habe meine Arbeit verlassen, da mich einer der Bücher ohne Grund als Revolverheld und Streikbrecher deshalb bedrohte, weil ich vor 11 Jahren in dem Stanz- und Emallierwerken von Carl Thiel u. Söhne L.G. während des Streiks gearbeitet hatte. Es sind viele Mißstände in der Genossenschaftsbücherei, die sonst nicht aus Tageslicht kommen. Da sind 13 Rutscher, die 56 Stunden arbeiten sollen, aber tatsächlich 70 Stunden arbeiten, ohne überstunden bezahlt zu bekommen. 1906 wurden zwei Rutscher angestellt für 28 Mk., während die Rutscher sonst mit 28 Mk. angestellt worden waren. Vom Vorstand des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Lübeck, werden wir nur zur Aufnahme folgender Erklärung ersucht: Es ist mir unklar, daß der Veranstalter der obigen Notiz, der frühere Rutscher der Genossenschaftsbücherei, Joh. Rempe,

wohnhaft Hakenstraße 1b, part., von einem Bäcker der Genossenschaftsbäckerei als Knecht übergeben und Streifbrotchen bezeichnet worden ist. Wahr ist aber, daß Knechte eines Bäckers der Genossenschaftsbäckerei ohne jeglichen Anlaß mit der Faust ins Gesicht geschlagen und dann unwahrer Weise behauptet hat, der Bäcker hätte ihn zuerst geschlagen. Es ist unwahr, daß die Arbeitszeit auf der Genossenschaftsbäckerei 70 Stunden beträgt. Unwahr ist ferner, daß früher Knechte mit 28 Mk. Anfangslohn eingestellt worden sind; selbst Knechte hat nur einen solchen von 25 Mk. erhalten. Die jetzige Einstellung mit 23 Mk. Anfangslohn entspricht den Bestimmungen des zwischen dem Zentral-Verband Deutscher Konsumvereine und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband abgeschlossenen Tarifes. Gegenüber dem schmutzigen Vorgehen des Knechte behält sich der Verband weitere Maßnahmen vor.

Feststellung der Geldsorten. Eine Feststellung der Bestände an Reichsmünzen, Reichsstaffelscheinen und Banknoten nach den einzelnen Sorten wird von sämtlichen Post-, Telegraphen- und Fernsprechämtern sowie den Ober-Postämtern demnächst vorgenommen. Es wird festgestellt, welcher Betrag unter den Geldbeständen beim Schluß der Dienststunden für den Geldverkehr vorhanden ist. Die Aufnahme geschieht getrennt nach elf Sorten nach dem Vorrat an Reichsgoldmünzen und zwar an Doppelkronen und Kronen, an Reichsilbermünzen und zwar an Fünfmarsstücken, Zweimarsstücken, Einmarsstücken, Fünzigpfennigstücken, an Reichsnickelmünzen, an Reichskupfermünzen, an Reichsstaffelscheinen und an Noten der Reichsbank und der Privatnotenbanken. Die Aufnahme geschieht am 31. Oktober.

Über Ehecheidung. Auf Scheidung kann ein Ehegatte klagen, wenn der andere sich des Ehebruchs oder einer nach den §§ 171 und 175 des Strafgesetzbuches (Doppel- und widernatürliche Unzucht) strafbaren Handlung schuldig macht. Das Recht auf Scheidung ist jedoch verwindlich, wenn der andere Ehegatte den strafbaren Handlungen zugestimmt oder selbst daran teilgenommen hat. Ferner kann der Ehegatte auf Scheidung klagen; wenn der andere ihm nach dem Leben trachtet; wenn der andere ihn bößlich verlassen hat; bößliche Verlassung liegt vor, wenn ein Ehegatte ein Jahr lang gegen den Willen des andern in bößlicher Absicht der häuslichen Gemeinschaft ferngeblieben ist. Auf Scheidung kann auch geklagt werden, wenn ein Ehegatte durch schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten oder durch ehrlöses oder unsittliches Verhalten eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses verschuldet hat, daß dem Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden kann. Als schwere Verletzung der Pflichten gilt auch grobe Mißhandlung. Endlich kann ein Ehegatte auf Scheidung klagen, wenn der andere in Geisteskrankheit verfallen ist, die Krankheit während der Ehe mindestens drei Jahre gedauert und einen solchen Grad erreicht hat, daß die geistige Gemeinschaft zwischen den Ehegatten aufgehoben, auch jede Aussicht auf Wiederherstellung dieser Gemeinschaft ausgeschlossen ist. Hatte der Ehegatte dem andern in allen aufgeführten Fällen (mit Ausnahme des letzten) verziehen, so verliert das Recht auf Scheidung. Auch muß die Scheidungsklage binnen sechs Monaten von dem Zeitpunkt an erhoben werden, in dem der Ehegatte von dem Scheidungsgrund Kenntnis erlangte. Sollten aber bereits zehn Jahre verstrichen sein, seitdem sich der Ehegatte der oben genannten Vergehen schuldig machte, ehe der andere Ehegatte davon Kenntnis erlangte, so ist die Klage nicht mehr zulässig. Will ein Ehegatte eine Scheidung bewirken, so hat er zunächst bei dem Amtsgericht, in dem der Mann seinen Gerichtsstand hat, einen Schriftsatz zu beantragen. Er scheint der Beklagte nicht, so muß der Kläger einen neuen Schriftsatz beantragen. Erscheint der Beklagte wiederum nicht oder kommt keine Versöhnung zustande, so muß innerhalb der Frist von drei Monaten die Scheidungsklage durch einen Anwalt beim Landgericht eingereicht werden. Ist der Beklagte im Ausland oder sonst unbekanntem Aufenthaltsort, so ist ein Schriftsatz nicht erforderlich. Statt auf Scheidung kann auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft geklagt werden. Hier bleibt die Ehe bestehen, es tritt nur eine Scheidung von Tisch und Bett ein. Jedoch kann jeder Ehegatte verlangen, daß statt auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft auf Scheidung erkannt werde. Dadurch sind die Ehegatten in der Lage, wieder zu heiraten. Die geschiedene Frau behält den Familiennamen des Mannes. Sie kann aber auch ihren Familiennamen wieder annehmen, ist aber verpflichtet, der zuständigen Behörde eine Erklärung darüber zu machen. Ist die Frau allein für schuldig erklärt, so kann der Mann ihre Führung seines Namens untersagen und zwar durch Erklärung bei der Behörde. Der allein für schuldig erklärte Mann hat der geschiedenen Frau den standesgemäßen Unterhalt in soweit zu gewähren, als sie ihn nicht aus den Einkünften ihres Vermögens und je nach den Verhältnissen aus dem Ertrag ihrer Arbeit bestreiten kann. Die allein für schuldig erklärte Frau hat dem geschiedenen Mann den standesmäßigen Unterhalt in soweit zu gewähren, als er außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Ist der Mann infolge der verschiedensten Verhältnisse nicht in stande, der geschiedenen Frau ganz oder teilweise Unterhalt zu gewähren, so beschränkt sich seine Verpflichtung auf dasjenige, was der Billigkeit entspricht. Die Unterhaltspflicht erlischt mit der Wiederverheiratung des Berechtigten. Ist ein Ehegatte allein für schuldig erklärt, so kann der andere Ehegatte binnen zwei Jahren Scheidungen widerrufen, die er ihm gemacht hat. Nach der Ehecheidung hat eine Auseinandersetzung wegen des Vermögens zu erfolgen. Als Regel gilt, daß jeder Teil sein Vermögen zurückerhält. Die Fürsorge für die Kinder (Erziehung) wird dem für schuldig erklärten Teil genommen und dem andern übertragen. In dessen bleibt die Befugnis der Vertretung des Kindes, und die Vermögensverwaltung und die Nahrung dem Vater. Für den Unterhalt der Kinder (Alimente) bleibt in erster Linie der Vater verantwortlich. Sind beide Eheleute für schuldig erklärt, so steht die Sorge für einen Sohn unter sechs Jahren oder für eine Tochter der Mutter zu; für einen Sohn über sechs Jahre hat der Vater zu sorgen. Das Vormundschaftsgericht kann aber eine andere Anordnung treffen, wenn dies im Interesse des Kindes liegt. Der Verkehr mit den Kindern ist den geschiedenen Gatten gestattet. Das Vormundschaftsgericht kann den Verkehr näher regeln.

Bevölkerungsbewegung im Monat September 1907. Die Geschlechtsungen betragen 39 gegen 52 im Vormonat (60 i. Sept. 1906), auf 1000 Einwohner berechnet 5,04 gegen 6,53 im Vormonat (7,95 im Sept. 1906 und 6,24 im zehnjährigen September-Durchschnitt.) Lebendgeburtener erfolgten 236 gegen 240 im Vormonat (197 Sept. 06), auf 1000 Einwohner berechnet 30,58 gegen 30,15 i. V. (26,09 Sept. 06 und 31,96 im zehnjährigen Sept.-Durchschnitt.) Totgeburtener fanden 7 statt, im Vormonat 3 (4 Sept. 06.) Unbelebte geboren wurden 23 Kinder geg. 29 i. V. (19 Sept. 06.) Die Zahl der Sterbefälle (ohne Totgeburtener) belief sich auf 91 gegen 101 i. V. (127 Sept. 06), auf 1000 Einwohner berechnet 11,79 gegen 12,69 i. V. (16,82 Sept. 06 und 16,41 i. zehnjähr. Sept.-Durchschnitt.) Einschließlich der

Totgeburtener hat die Zahl sämtlicher Geburten, wie i. V. 243 (201 Sept. 06), sämtlicher Sterbefälle 98 gegen 104 i. V. (131 Sept. 06) betragen. Der Überschuß der Geburten über die Gestorbenen war hiernach 145 gegen 139 i. V. (70 Sept. 06), auf 1000 Einwohner berechnet 18,79 gegen 17,46 i. V. (9,27 Sept. 06 und 14,95 im zehnjährigen September-Durchschnitt.) Unter 1 Jahr alte Kinder starben 38 gegen 27 i. V. (42 Sept. 06), über 70 Jahre alte Personen 18 gegen 29 i. V. Unter den Todesursachen sind zu erwähnen: Angeborene Lebensschwäche 12 (gegen 3 i. V.), Altersschwäche 6 (4), Masern 2, Diphtherie 1 (3), Keuchhusten 3 (5), Tuberkulose der Lungen 5 (2), Tuberkulose anderer Organe 1 (3), Lungentzündung 2 (7), Krankheiten der Atmungsorgane 3 (8), Krankheiten der Kreislauforgane 6 (13), Gehirnschlag 6 (4), Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 15 (13), Krebs 4 (7), Verunglückung 1 (1). Fälle von Selbstmord sind nicht vorgekommen (im Vormonat 3). Faßt man die Gesamtergebnisse der verflochtenen Monate des Jahres 1907 zusammen, so betrug vom Januar bis September d. Js. die Zahl der Geschlechtsungen 592 (539 im gleichen Zeitraum 1906), oder auf 1000 Einwohner 7,58 (7,85 1906 und 7,69 im zehnjährigen Durchschnitt), der Sterbefälle 1121 (1906: 1086) oder auf 1000 Einwohner 15,97 (15,81 1906 und 17,28 im zehnjährigen Durchschnitt), der Geburtenüberschuß 875 (1906: 765) oder auf 1000 Einwohner 12,46 (11,13 1906 und 12,70 im zehnjährigen Durchschnitt.)

pb. Diebstahl. In der Vorstadt St. Gertrud wurden aus verschiedenen Gebäuden gestohlen: 1 Schaufel, 1 Paar Maurerklofen, 4 Bäckchen engl. Pfaster, 2 Mullbinden, 2 Schlösser mit Schlüssel, 1 Messingpule mit Schnur.

p. b. Verdächtiger Uhrenhändler. In einer hiesigen Destillation verkaufte gestern vormittag ein unbekannter Mann unter verdächtigen Umständen eine silberne Damen-Remontoiruhr in Celluloidkapsel. Die Uhr, an der sich eine lange schwarze, seidene Schnur befindet, hat 2 Goldränder. Im Innern des Deckels ist der Name „Johanna Stühmer“ und folgende Uhrmacherzeichen eingraviert: „867 r und „J. 29/10. 05. Die Fabriknummer ist 209316. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Uhr aus einem Diebstahl herrührt.

Die Wählerlisten zur Bürgerstimmwahl

liegen für die Bezirke der Stadt und Vorstädte

werktätlich vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 5 Uhr,

an Sonntagen von 10 bis 2 Uhr

im Statistischen Bureau, Königstraße 58, II. Obergeschoß zu jedermanns Einsicht aus.

Parteigenossen, Bürgerstimmwähler!
Seht die Listen ein!

Wer nicht in der Wählerliste eingetragen ist, hat kein Wahlrecht!

Eine neue Künstlertruppe trat gestern abend im Hansa-Theater erstmalig auf und fand die lebhafteste Anerkennung des Publikums. Aus dem reichhaltigen Programm möchten wir folgende Nummern besonders hervorheben: Als Luftgymnastik produzierte sich die Sylvester-Troupe, die sowohl durch ihre stimmungserregenden Leistungen, als auch durch die glänzende Ausstattung an Kostümen und Apparaten Bewunderung erregte. Außerordentlich gefällig sind die farbenprächtigen chromoplastischen Szenarien von Lafayette. Als Excentric-Quadrillen vereinigten O'Neil und Tora drastische Komik mit bedeutender Fingerfertigkeit. Auch sehr gewandt und geschmeidig ist das aus zwei Damen und einem Herrn bestehende Versa-Trio, das hierorts noch nicht gesehene akrobatische Tänze und Evolutionen in grazioser Weise ausführt. Auf ähnlichem Gebiete leistet die Langsängerin Emmy Dornelly Anerkennenswertes. Mit seinen originalen Vorträgen erzielt der Humorist Engelbert Sassen reichen Erfolg. Auch die Darbietungen der Soubrette Emmy Busse wurden viel beifällig. Den Schluß der Vorstellung bildeten neue Vorführungen des Hansa-Bioskop. Es ist anzunehmen, daß auch der zweite Spielplan sich die Gunst des Publikums erobern wird; wir für unsern Teil möchten den Besuch des Hansa-Theaters nur empfehlen.

Stadttheater - Provisorium. Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: „Lady Windermeres Fächer“ wird Freitag bereits zum dritten Male gegeben. Am Sonnabend gelangen Schillers „Räuber“ zur Aufführung. Da in dieser Spielzeit nur wenige Vorstellungen zum Einheitspreise von 50 Pfg. für jeden Platz des Theaters gegeben werden können, ist anzunehmen, daß diese Vorstellung großen Zuspruch finden wird. Für Sonntag wird die erste große Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen vorbereitet.

Hamburg. Zur Psychologie der weiblichen Bourgeoisie. In Hamburg täufelt dieser Tage die bessere Damenwelt, den italienischen Sänger Caruso, der am vorigen Stadttheater ein Gastspiel absolvieren soll, würdig zu empfangen. Caruso ist bekanntlich vor einiger Zeit in Newyork der „Held“ eines anrüchigen Abenteurers gewesen. Er war angeklagt, im Zoologischen Garten sich an Frauen heranzumachen und sie in unsittlicher Weise berührt zu haben. Diese ekelhaften Geschichten scheinen dem Manne aber, genau wie in Amerika, auch in Europa bei seinen Verehrern und besonders seinen Verehrerinnen nicht nur nicht geschadet, sondern seinem Nimbus ein paar Ruhmesstrahlen mehr hinzugefügt zu haben. So wird jetzt aus Hamburg gemeldet, daß die Witwe der ersten Gesellschaft in einer Art von Fieber seinem Kommen entgegensehen. Sogar die „Lola Rita“, eines der „vornehmsten“ Blätter derer „von Besitz und Bildung“ ist über das, was sich in der sonst so kühl temperierten Hamburger Gesellschaft vorbereitet, schockiert. Es heißt da in einer Korrespondenz aus Hamburg:

Die holde Weiblichkeit fiebert förmlich dem tommenden Caruso-Gastspiel entgegen, und überall ist „Er“ der Gesprächsstoff. Seit dem Newyorker Mißgeschick hält man ihn noch für tausendmal interessanter, und ich bin neugierig, was man diesmal alles mit ihm aufstellen wird. Schon als er im vorigen Jahre hier lang, konnte der Stürkerliebhaber sich über ein Juwelen an Frauengewand nicht beklagen. Da fanden sie abends an der Porte, durch die der glückliche Inhaber eines hohen C nach Schluß der Vorstellung kommen mußte, und nicht etwa kleine Verehrerinnen — die stehen es im allgemeinen vor, mit ihren Schätzen „zu gehen“ —, sondern die Damen der führenden Kreise, deren Equipagen abseits respektvoll harrten, bis die Kunstbegeisterung ihrer Verehrerinnen sich betätigt hatte. Unter den Damen waren feurige Italienerinnen, die ihren Landsmann mit jubelnden Covocationen

bedachten, aber ihr Feuer war kaum lobender als das der angeblich so kühlen Hamburgerinnen. Und Caruso entwand im Nebel der Nacht, wie eine glänzende Sternschnuppe. Die ersten Familien rissen sich darum, ihn bei sich zu sehen, und Caruso hätte sich in tausend Stücke zerreißen müssen, wenn er allen Einladungen hätte folgen wollen. Und das alles wird sich in den nächsten Tagen wiederholen, denn Caruso wird in Hamburg an 3 Abenden singen. Schläus Geschäftsleute haben das Caruso-Fieber gründlich für sich auszubeuten verstanden durch den Verkauf aller verfügbaren Karten. Jetzt hat das, in Wahrheit an dem Gastspiel interessierte Publikum, unter dem immerhin auch viele sein werden, die aus ehrlicher Kunstliebe die drei- und vierfach erhöhten Kassenpreise bezahlen wollten, das Nachsehen, sofern es nicht in der Lage oder nicht tüchtig genug ist, den von den Aufkäufern geforderten Preis von 75 bis 100 Mk. für den einzelnen Platz zu bewilligen. Unter der Hand werden sogar Karten für bevorzugte Plätze zu 200 Mk. und mehr losgeschlagen! Diese Leute kennen eben ihre Pappenheimer und wissen ganz genau, daß in Hamburg Geld keine Rolle spielt, wenn man sich dafür eine besondere Sensation erkaufen kann. Die Caruso-Abende „muss“ eben jeder, der in der Gesellschaft etwas gelten will, „mitgemacht“ haben. Demnach kann man in den nächsten Tagen auf dem Jungfernstieg, in der feinen See- und Kataofoeipe-Gatelaime, in den Konditorien und den Straßenbahnhöfen die Backische aus Darvestehude und aus Uhlenhorst ihre Kunststücke über Caruso austauschen hören. „Wundervoll“, „entzückend“, „himmlisch“ — alles das und noch vieles mehr war Caruso, der Sänger der großen Portemonnaies. Danach scheint es also, daß in Hamburg der „göttliche“ Italiener es nicht nötig haben wird, in öffentlichen Gärten vor Affenkäfigen Weiber zu betasten. Die Herren Kommerzianten aber und Großredner, die solchermaßen für einen „Kunstgenuß“, ihren wohlgenährten Damen und Töchtern hunderte von Mark zur Verfügung stellen, möchten am liebsten Kanonen auffahren lassen, wenn ihre Arbeiter, die ihnen die Mittel zu solch kulturwidriger Nartbeit in Schweiß und Blut erschuften, einmal ein paar Pennnige Lohnzulage fordern! Und eine Gesellschaftsordnung, die solche Widerwärtigkeit und Schweißlichkeiten züchtet, soll respektiert werden?

Reinmünster. Aussperrung. In der Lederfabrik von H. G. Schmid sind sämtliche Scherer ausgesperrt, weil sie sich einen Abzug von 2 Pfg. pro Haut nicht gefallen lassen wollten. Zutritt ist streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung, Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Schwam. Ordnungsaatliches. Der Ratsprotokollist Boed ist seit ein paar Tagen hinter Schloß und Riegel wegen Unterschlagung. In einer stark besuchten Bürger- und Einwohnerversammlung wurde einstimmig beschlossen, beim Ministerium um eine Revision der ganzen Stadtverwaltung einzukommen. Auf die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit ist man hier gespannt.

Elmsborn. Ein betäubender Unglücksfall ereignete sich in Hant. Beim Rübenfahren scheuten die Pferde des Hofbesizers H. Bruns und gingen durch. Der 10jährige Sohn des Herrn Bruns fiel vom Pferd und der schwerbeladene Wagen ging ihm über die Brust. Der herbeigerufene Arzt konstatierte den Tod des Kindes.

Leß. Großfeuer. Der Besitz des Landmannes G. Johannsen in Osterstraße ist ein Raub der Flammen geworden, wahrscheinlich infolge Selbstentzündung des Heues. Johannsen hatte den Besitz vor wenigen Wochen gekauft. Sein früherer Besitz brannte am 2. Sept. d. J.

Baut. Personalien. Zum Arbeiterssekretär für gehenden Genossen Sommer der Genosse Thomsen aus Heppens gewählt.

Heiligenhafen. Der orkanartige Sturm, der während der Nacht zum Mittwoch tobte, brachte drei Schiffe zur Strandung. Der Segler „Anno-Marie“, Kapit. Jensen, mit einer Ladung Stückgüter von Lübeck nach Apenrade unterwegs, lief bei Flüggersande auf. Das Schiff ist stark leck und füllt sich mit Wasser. Die Ladung wird gelöscht. Der Segler „Marie“ aus Hamburg, Kapitän Garmen, mit einer Ladung Mais nach Steffen verladen, strandete an der Ostseite des Fehmarnr Sundes. Die Ladung wird ebenfalls gelöscht. In unmittelbarer Nähe der „Marie“ liegt auch der Segler „Dora“ aus Stensund, Kapitän Matthiesen, mit einer Ladung Klinker.

Bützow. Ein unheimliches Gesändnis machte die Braut eines vor 14 Tagen nach hier gekommenen Fabrikformers, indem sie der Polizei die Mitteilung machte, daß ihr Verlobter in Plauen i. V., wo sie zuletzt gewohnt haben, einen Mann nach vorausgegangenem Streite erschlagen und in einer Grube verscharrt habe. Sie sei im Stande, die Grube in Plauen aufzufinden. Die Veranlassung zu diesem Gesändnis gab ein zwischen den Verlobten ausgetretener Streit, der zu Tätlichkeiten seitens des Mannes führte. Der angeblliche Täter, ein gebürtiger Bützower, ca. 22 Jahre alt, wurde darauf in der Wohnung seiner Eltern verhaftet.

Verden (Aller). Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend nachmittag auf der Großputzberger Chaussee, dicht bei unserer Stadt. Drei Hofbesitzer aus Eichenborn hatten mit ihrem Gespann Lohf geholt. In der Nähe der Dittmerischen Zementfabrik schaute das Pferd des Landwirts Wohlertischen Gespannes und bog links zur Seite; der darauffolgende Wohlert, 26 Jahre alt, wurde heruntergeschleudert, von den Rädern erfaßt und überfahren. Der Verunglückte erlitt einen Schädelbruch und wurde ins hiesige Krankenhaus gebracht, wo er bereits zwei Stunden nach seiner Einlieferung an den erlittenen Verletzungen verstarb.

Oldenburg. Massenauweisungen von Ausländern erfolgen gegenwärtig im Oldenburgischen. Es handelt sich hierbei um die von profitgierigen Großfirmen als Lohnbrücker und Arbeitswillige, besonders aus Galizien und von der russischen Grenze, ja selbst aus Rußland, bezogenen Arbeiter, die noch nicht einmal die nötigen Ausweispapiere haben. Ins Land durften die Ausländer, obwohl den Behörden nicht unbekannt sein konnte, daß die Armen ohne Ausweispapiere unter schwindelhaften Vorpiegelungen hineingelockt worden waren. Nun sie von den Unternehmern nicht mehr gebraucht werden, springt die Behörde wiederum hilfsbereit ein und weist die Ausländer von hinnen.

Winsen a. d. E. Von einem Bullen getötet wurde auf der Weide des Hofbesizers Wiegels in Gunden ein etwa 60jähriger Handwerksbursche. Der Hofbesitzer fand den Toten auf der Weide. Die vielen Verletzungen an der Leiche lassen auf einen schweren Kampf zwischen Mensch und Tier schließen. Bereits in diesem Frühjahr hatte der Bulle einem Knechte derartige Verletzungen beigebracht, daß der Knecht mehrere Wochen im Krankenhaus verbleiben mußte.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Zwigg; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: L. S. Schwart. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck



Leo Leibholz & Co.

Lübeck, Holstenstr. 25-33.

Mittwoch ≡ Donnerstag ≡ Freitag ≡ Sonnabend
Billige Tage für Lebensmittel!

Unsere Lebensmittel-Abteilung

steht unter Leitung eines ersten Fachmannes und erfolgt die Bedienung nur durch geschultes Personal. Wir führen sowohl in frischer Ware, wie in der Konserven-Abteilung, nur erstklassige renommierte in- und ausländische Fabrikate und übernehmen dafür volle Garantie. Um diese Abteilung einzuführen, veranstalten wir deshalb

4 Extra-Verkaufstage — zu außerordentlich billigen Preisen!

Konfitüren.

Bonbons, Drops	Pfd. 60, 40, 32 Pfg.
Schokolade-Pastillen	Pfd. 95 Pfg.
Borken-Schokolade	Karton 42 Pfg.
Konfekt-Mischung	Pfd. von 80 Pfg. an
Biskuit-Mischungen	Pfd. 30, 60, 38 Pfg.
Kakes in Paketen	Rolle 22, 18, 8 Pfg.
Haushalt-Schokolade	Pfd. 88 Pfg.
Milch-Schokolade	Pfd. 130 Mk.
Hafer-Kakao	Paket 95 Pfg.

Verkauft aller Fabrikate von
**Sarotti, Gala Peter. Cusenier
 Bahlisen.**

Fleischwaren.

Fleisch-Blutwurst	Pfd. 50 Pfg.
Leberwurst	Pfd. 50 Pfg.
Braunsch. Leberwurst	Pfd. 90 Pfg.
Zungenblutwurst	Pfd. 100 Mk.
Plockwurst hart	Pfd. 115 Mk.
Cervelatwurst prima	Pfd. 120 Mk.
Salamiwurst fein	Pfd. 140 Mk.
Schinken roh und gekocht	Pfd. 150 Mk.
Prager Schinken im ganzen	Pfd. 95 Pfg.
Braunsch. Lachs-Schink.	160 Mk.
Schinkenspeck	Pfd. 105 Mk.
Gänsebrust prima	Pfd. 180 Mk.

Käse.

Tilsiter fein	Pfd. 80 Pfg.
Eidamer vollfett	Pfd. 90 Pfg.
Schweizer Käse	Pfd. 95 Pfd.
Holländer alt	Pfd. 85 Pfg.
Camembert deutsch	25 Pfd.
Camembert französisch Stück	48 26 Pfg.
Gervais französisch	Stück 28 Pfg.
Brie-Käse	Pfd. 120 Mk.
Appetits-Käse	3 Stück 25 Pfd.

Worcestershire-Sauce
 Flasche 75 Pfg.

Obst- u. Südfrüchte

Tafel-Birnen	Pfd. 15 12 Pfg.
Tafel-Birnen „Lotte“	Pfd. 20 Pfg.
Tafel-Aepfel „Krüger“	Pfd. 28 Pfg.
Tafel-Aepfel „Melonen“	Pfd. 30 Pfg.
Tafel-Aepfel „Mönche“	Pfd. 32 Pfg.
Almeria-Weintrauben	Pfd. 35 Pfg.
Zitronen „Fortuna“	Dtзд. 55 Pfg.
„St. Michel“ Ananas	Pfd. 95 Pfg.
Bananen	5 Stück 20 Pfg.

Fisch-Konserven

Anchovis	Glas 30 Pfg.
Russische Sardinen	„ 33 Pfg.
Hering in Gelée Dose	70 38 Pfg.
Rollmops	„ 75 45 Pfg.
Appetit-Sild	Dose 38 Pfg.
Bismarck-Heringe Dose	75 45 Pfg.
Tomaten-Heringe	Dose 88 Pfg.
Salm gekocht	„ 95 Pfg.
Kaiser-Heringe	„ 45 Pfg.
Nordsee-Krabben Dose	80 45 Pfg.
Brat-Heringe	Dose 55 Pfg.
Kronen-Hummer Dose	2.60 140 Mk.
Anchovis-Paste Tube	55 33 Pfg.
Sardellen-Butter Tube	55 33 Pfg.
Del-Sardinen	80 55 45 33 Pfg.
Dose mit Schlüssel 2.50 1.20 Mk.	

== Täglich frisch ==
Fluss-Lachs 95 Pfg.
 geräuchert Pfd.

Kaffee

stets frisch	
Pfd. 160 140 120 110 90 75	Pfg.
Ceylon-Tee neuester Ernte	
Paket 150 80 55 30	Pfg.
pudding-Pulver	10 Kartons 58 Pfg.
Vanille-Zucker	10 Kartons 60 Pfg.
Back-Pulver	10 Kartons 58 Pfg.
Van.-Sauc.-Pulv.	10 Kartons 60 Pfg.

Ca. 20000 Büchsen Obst- und Gemüse-Konserven.

Ernte 1907.

Stangen-Spargel, Rieser	2 Pfd. 1.75 1 Pfd. 95	Kaiser-Schoten, extra	2 Pfd. 1.30 1 Pfd. 70	Stangen-Schnittbohnen	2 Pfd. 38 Pf. 1 Pfd. 25
Stangen-Spargel, extra	1.55 85	Kaiser-Schoten, fein	1.15 60	Schnittbohnen, prima	25 Pf. —
Stangen-Spargel, Ia	1.35 75	Erbsen, extrafein	1.00 55	Stangen-Brechbohnen	38 Pf. 25
Stangen-Spargel, mittelst.	1.25 65	Erbsen, feinste	90 Pf. 50	Brechbohnen, prima	25 Pf. —
Stangen-Spargel, Ha	1.05 55	Erbsen, mittelfein	55 Pf. 35	Wachsbohnen, extra	40 Pf. 25
Stangen-Spargel	85 Pf. 45	Junge Erbsen	38 Pf. 25	Perl-Brechbohnen	40 Pf. 25
Brech-Spargel extra stark	1.35 70	Leipziger Allerlei, I.	1.20 65	Karotten, geschnitten	30 Pf. —
Brech-Spargel, prima	1.10 60	Leipziger Allerlei, fein	90 Pf. 50	Erbsen m. Karotten, fein	60 Pf. 35
Brech-Spargel Ia	95 Pf. 55	Leipziger Allerlei, prima	60 Pf. 35	Erbsen m. Karotten, extra	90 Pf. 50
Brech-Spargel	65 Pf. 40	Pfifferlinge	— 40	Tomaten-Purée	40
Kohlrabi, in Scheiben	30 Pf. —	Pariser Karotten	55 Pf. 35	Singapore-Ananas	1.40 85
Spinat, fein	50 Pf. 30	Champignon, franz.	55 Pf. 35		

Früchte-Konserven, Kompott, Marmeladen etc.

Erdbeeren, extra	2 Pfd. 1.20 1 Pfd. 65	Reineclanden im Glas	75 Pfg.	Gemischte Früchte 5 Pfd.-Eimer	120 Mk.
Aprikosen, fein	1.20 65	Birnen, rot und weiss Glas	70 Pfg.	Aprikosen 5 Pfd.-Eimer	240 Mk.
Birnen, rot	70 Pf. 40	Ananas-Erdbeeren Glas	95 Pfg.	Erdbeeren 5 Pfd.-Eimer	260 Mk.
Kaiser-Kirschen	95 Pf. 50	Aprikosen, halbe Frucht Glas	90 Pfg.	Honig, garant. rein Glas	95 80 70 Pfg.
Kirschen, rot	70 Pf. 40	Himbeeren Glas	95 Pfg.	Honig „Ersatz“ Glas	40 Pfg.
Pflirsche, geschält	1.15 60	Marmeladen (Keller nach Wahl Glas)	85 Pfg.	Capern Glas	25 Pfg.
Reineclanden	85 Pf. 50	Frisch-Obst-Gelée Glas	55 Pfg.	Perlwiebeln Glas	85 48 Pfg.
Mirabellen, Metzger	70 Pf. 40	Himbeeren 5 Pfd.-Eimer	210 Mk.	Pfeffergurken Glas	80 45 Pfg.
Heidelbeeren	60 Pf. —	Stachelbeeren 5 Pfd.-Eimer	185 Mk.	Picalilly Glas	80 45 Pfg.
Pflaumen, sortiert	48 Pf. 28	Aepfel 5 Pfd.-Eimer	125 Mk.	Mixed Pickles Glas	95 50 Pfg.

Weine. Liköre.

Rotweine.

Medoc	1/2 Flasche 75 Pfg.
St. Julien	95 Pfg.
St. Emilion	125 Mk.
Château Beaurval	145 Mk.
Beychevelle	170 Mk.
Château Beaumont	155 Mk.

Weissweine.

Glüsserather	1/2 Flasche 75 Pfg.
Winninger	90 Pfg.
Berucastler	140 Mk.
Erdner Treppchen	195 Mk.
Rüdesheimer	140 Mk.
Winkler Hasensprung	195 Mk.

Südweine.

Samos, Original, 1/2 Flasche	90 Pfg.
Portwein	185 125 Mk.
Sherry	185 145 Mk.
Madeira	195 160 Mk.
Malaga	195 160 Mk.
Wermuth	145 Mk.

Liköre.

Kognak, Verschnitt,	160 Mk.
Kognak, Vieux,	195 Mk.
Rum, Verschnitt, alt,	125 Mk.
Jamaika-Rum, Verschnitt	200 Mk.
Arrak, Verschnitt, alt,	140 Mk.
Arrak, Verschnitt fein, alt,	225 Mk.

Spezial-Marke:
Kognak • Verschnitt
 1/2 Flasche 135 Mk.

**Kupferberg Gold, Henkell trocken,
 Burgeißgrün, Mercier halbtrocken.**

Spezial-Marke:
Getreide-Kümmel
 Original 1 Literflasche 115 Mk.

Die Ebbe.

Aus Petersburg wird der Wiener „Arbeiterzeitung“ geschrieben:

Im Auf- und Niedergang der russischen Revolution stockt die Bewegung jetzt im tiefsten Punkte der Ebbe. Seit der Niederlage des Moskauer Aufstandes fließen die Wasser zurück. Die mangelhafte Entwicklung und politische Unreife der städtischen und ländlichen Kleinbourgeoisie, die Isolation der Arbeiterklasse haben der wirtschaftlich am meisten verkümmerten, der am meisten parasitischen Klasse des alten Rußlands einen Augenblick des Triumphs und der herrschenden Macht geliehen. In der Hand des Adels vereinigt sich jetzt der bestimmende Einfluß des Adels, den Mißwirtschaft und Schuldennot von Schloß und Scholle drängen, der nur noch durch die Liebesgaben des Staates sein Leben fristet. Der Ausschuß des verbündeten Adelsstandes mit seiner demagogischen Filiale — dem Verbands des russischen Volkes — der regiert zurzeit Rußland.

Und mag auch die Bürokratie dann und wann den Schwarzhundertschaffern die Zähne zeigen, es bleibt doch die unumstößliche Tatsache, daß sie es nicht wagt, ernstlich gegen sie aufzutreten. Die Tage sind verraucht und vorüber, da der Adel bei der Bürokratie im Dienste stand und für geleistete Arbeit kein Trinkgeld in Empfang nahm. Jetzt zwingt der Adel die Bürokratie, ihm zu dienen; jetzt wirtschaftet er nicht mehr als der Angestellte der Kanzlei im Lande, wie es der Semski Ratschalnik war, sondern wie ein Herr, ein „Barin“, der seine Stütze in den Organen der Selbstverwaltung findet. Und er streckt jetzt die Hand nicht mehr aus, um Almosen zu erbetteln, sondern greift mit seiner Tasse mutig zu in den fiskalischen Geldkassen, als wäre das sein eigen Hab und Gut.

Die Bürokratie ist um ihre Position, in welcher sie sich einst als eine selbstherrliche, selbstgenügsame Macht gebärdete, gekommen. Die Ereignisse vom Ende des Jahres 1905 und alles, was ihnen folgte, haben der Allmacht der Bürokratie die Art an die Wurzel gelegt und sie zu der Rolle der Handlanger herabgedrückt. Und der erste Herr, der sie sich dienend unterwerfen mußte, war kein anderer als der für die Leibeigenschaft schwärmende Adel. Umsonst ist ihr Bemühen, sich aus dieser „erniedrigenden“ Lage zu befreien; umsonst trachtet sie jenes Kompromiß zwischen den oberen Schichten der Bourgeoisie und des Adels neuzuschaffen, das früher die Grundlage ihrer Allmacht bildete. Die während der Sturmtage der letzten Jahre gereisten und entwickelten Klassegegensätze bringen fatalerweise alle Versuche des Kompromisses zum Scheitern und die Bürokratie ist gezwungen, sich in ihre abhängige Lage zu fügen. Es ist kein Zweifel, im Interesse der Selbsterhaltung wäre die Bürokratie gern bereit, den weißen Terror, welcher jetzt wie ein Blutnebel das ganze Land umhüllt, ein wenig zu lindern. Aber der neue Herr — der Adel — erlaubt es nicht. Und falls die Bürokratie sich auf die Suche nach einem andern Herrn — aus der Mitte der bürgerlichen Klassen — machte, so würde eine damit verbundene „Erschlaffung der Zügel“ sofort Kräfte in Bewegung setzen, welche weit über die Grenzen hinaus führen würden, bis zu denen die Bürokratie den Gang mitzumachen bereit wäre. Und so bleibt sie gefesselt an den Triumphwagen des stehenden Adels.

Der großgrundbesitzende Adel hat kaum die Zügel der Gewalt ergriffen, als er auch die letzten Reste jener „Freiheiten“ beseitigt, welche als Meteor im russischen Leben während der Oktobertage 1905 erglänzt sind. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist endgültig zu einem leeren Schall geworden; die Presse ist unterdrückt, Kerker- und Selbststrafen bannen das freie Wort, die Willkür der Verwaltung kennt nicht Zaum noch Zügel. Die Arbeiter-

organisationen, sogar die gewerkschaftlichen, werden systematisch niedergedrückt, mit einer grimmigen Rücksichtslosigkeit, die sogar in der „vorkonstitutionellen“ Ära v. Plehwe und anderer Altmeister der Reaktion ihresgleichen nicht findet. Schon an dieser Vernichtung aller Bedingungen einer „geordneten“ bürgerlichen Gesellschaft ersieht man die Hand eines von der Leibeigenschaft träumenden Herrn. Und das sind, nach dem russischen Sprichwort, noch die Blüten, die Beeren kommen ja nach. Als nächster Schritt des Adels, als Ziel seiner „Diktatur“ sind Versuche zu erwarten, die ganze Staatsmaschine, die ganze Finanz-, Zoll- und Wirtschaftspolitik des Staates den Interessen der 130 000 „wilden Gutsbesitzer“ — wie sie der russische Satiriker nannte — dienstlich zu machen.

Solche Perspektiven würden sich eröffnen, wenn sich die politische Kombination, welche im Akte des 3./10. Juni ihren Ausdruck gefunden, weiter in derselben Richtung entwickeln würde. Aber ob das wirklich so sein wird? Ob sie sich auch entwickeln kann? Wir glauben es nicht. Gegen die „Diktatur“ des Adels müssen alle Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft rebellisch werden. Diese Rebellion kann nur auf eine kurze Zeit aufgehalten werden durch einen temporären verhältnismäßigen industriellen Aufschwung — ein schwacher Abglanz der europäischen Prosperität, von dem man jetzt so viel in Rußland spricht und welcher die Bourgeoisie veranlaßt, vorläufig schon ruhig zu bleiben. Sie wird aber nicht von langer Dauer sein können, diese der „Diktatur“ des Adelsstandes gewährte Galgenfrist. Die von dieser „Diktatur“ geschaffenen Bedingungen schließen ja die Möglichkeit aus, die vorhandene günstige Konjunktur hinreichend auszunutzen, nicht zu sprechen vom weiteren Ausbau der dargebotenen Möglichkeiten für die nähere Zukunft. Auf diese Weise läßt die Prosperität selbst die bei jedem Schritte dank den unmöglichen politischen Verhältnissen erscheinenden Hindernisse für die bürgerliche „Bereicherung“ schmerzlich empfinden. So wird die „Diktatur“ des Adelsstandes notwendigerweise sogar die oberen Schichten der Bourgeoisie in die Reihen der Opposition treiben. Charakteristisch ist dafür das Aufkommen eines linken Flügels bei einer so konservativen Parteiorganisation wie dem „Verbands des 30. Oktober“.

Braucht man noch darüber zu sprechen, welchen Einfluß die Herrschaft des Adels auf die mittlere Bourgeoisie, auf das Kleinbürgertum der Städte und besonders auf die Bauern haben würde? Die Verwandlung der autokratischen Bürokratie in die des Adelsstandes erscheint wie eigens dazu von der Geschichte erfunden, um das politische Denken bei der Bauernschaft zu wecken, die Frage der Staatsform, zu welcher sich bis jetzt die große Masse der Bauern eigentlich indifferent verhielt, in aller Breite aufzurollen.

Die Erfahrungen, welche die Bauernschaft bei ihren Versuchen gemacht hatte, die Agrarfrage unmittelbar, durch die „direkte Aktion“, auf dem Wege der Besitzergreifung der gutsherrlichen Ländereien zu lösen, wirken nach und der Akt des 3. Juni kann zum Ausgangspunkt einer wirklich im engeren Sinne des Wortes politischen Bauernbewegung werden. Jetzt wird der neue Aufschwung der politischen Bewegung in den Städten für die ländliche Bevölkerung nicht nur als ein Signal dienen, um die dadurch entstandenen Wirren auszunutzen und „ihre eigene“ Sache apart zu machen, sondern auch unmittelbares Mitverstehen und Mitwirken wecken. Dadurch wird auch die Schwierigkeit beseitigt, welche dem erfolgreichen Vollenden der Bewegung vom Ende des Jahres 1905 im Wege stand.

Die Oktober- und Dezemberaufstände des Jahres 1905 waren eine Arbeiterrevolution. Nicht nur weil wie

überhaupt im Laufe der letzten 25 Jahre das Proletariat hier die Initiative ergriff, als bewegende Kraft der Revolution auftrat, sondern auch weil es in der politischen Kampfarena allein stand. Es rang allein und nur die „Elite“ schmiegte sich ihm an, die intelligentere Schicht derjenigen Klassen, deren Sache es durch seinen Kampf vertrat und welche es nur mittelbar unterstützten, indem sie die Desorganisation des Staatsmechanismus durch ihren Kampf um ihre unmittelbaren ökonomischen Interessen steigerten. Der Ansturm der Oktober- und Dezembertage endete mit einer Niederlage und diese Niederlage führte allen klar vor Augen, daß die Arbeiterklasse jetzt in Rußland nur das Ferment sein kann, welches alle die gesellschaftlich angehäuften Kräfte der Befreiung in der bürgerlichen Gesellschaft in Bewegung setzt, nicht aber diese Befreiung durch eigene Macht selbständig durchzuführen vermag; daß sie als die größte Macht der sich befreienden bürgerlichen Gesellschaft auftritt, nicht aber imstande ist, die Revolution für diese Gesellschaft erfolgreich zu beenden.

Der Ansturm endete mit einer Niederlage. Und doch hat dabei das Proletariat so viele Eroberungen für die ganze Gesellschaft gemacht, daß die Reaktion anderthalb Jahre der blutigsten Willkür brauchte, ehe sie zum Staatsstreich des 3. Juni die Hand erheben konnte. Aber von neuem zeichnet die Schicksalshand blutige Zeichen an die Wand . . .

In der Zeit der grimmigsten Lebensäußerungen der Reaktion reisten und formierten sich die durch den proletarischen Kampf erweckten Kräfte, welche im ersten Ringen der Revolution fehlten. Jetzt sind diese Kräfte vorhanden. Und kommt die Stunde der Entscheidung, so wird sie das Proletariat schon nicht mehr isoliert, nicht mehr allein auf dem Kampfplatz finden. Das Proletariat wird nicht mehr die glänzende, aber keineswegs vorteilhafte Rolle der Monopolisten des politischen Kampfes spielen. Seine Kraft und Fähigkeit, die Klasseninteressen zu wahren, werden nicht mehr davon abhängig sein, inwiefern es der politisch formlosen Masse der kleinbürgerlichen Bevölkerung voranstehen wird, sondern davon, ob es die Zeit „der Stille“ zur Erweiterung und Befestigung seiner Organisation und zur Entwicklung seines politischen Bewußtseins auszunutzen verstehen wird. Der unaufhaltsam fortschreitende Ausbau der Organisation, dem keine Repression Schranken auferlegen kann, verbürgt uns, daß die Arbeiterklasse, was die Organisation anlangt, nicht den kleinbürgerlichen Schichten nachstehen wird, welche jetzt zum erstenmal auf dem politischen Kampfplatz organisiert erscheinen werden.

So stellt sich die Situation dar, welche durch die Entwicklung der letzten zwei Jahre geschaffen worden, und wir sehen darin keinen Grund für Pessimismus, dessen die Seiten der bürgerlichen Presse so voll sind. Die große Umwälzung, welche Rußland erlebt, geschieht nicht so wunderbar schnell, wie es für die Ungeduld der durch die Schönheiten unseres „konstitutionellen“ Regimes gemarterten Leute wünschenswert wäre. Und doch ist das Ende jedenfalls nicht so weit, wie es den übermütigen „Siegern“ scheint. Vielleicht wird sogar ihr erster Trumpf im politischen Kartenspiel — die Reichssuma auf Grund des Gesetzes vom 3. Juni — geschlagen werden, und in dieser Hoffnung ist jetzt die russische Sozialdemokratie in den Kampf getreten.

Soziales und Parteileben.

Die 13. General-Versammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes tagt gegenwärtig in Bielefeld. Der Gauleiter Schlüter-Bielefeld eröffnete und begrüßte die General-Versammlung. In's Bureau wurden Hörner-Berlin und Ostertag-Altona als Vor-

Ein verlorne Leben.

Erzählung von Octavio Burger.

(12. Fortsetzung.)

Da starb mein Herr, in dessen Dienste ich es so gut gehabt hatte. Er war zufrieden mit mir gewesen und hatte sich gegen den Grafen von Sch. lobend über mich ausgesprochen. Dieser ließ mir anbieten, bei ihm in Dienst zu treten. Mit Freuden nahm ich es an. Hunderte beneideten mich darum. Das Leben an dem Hofe des reichen Grafen war für mich ein ganz neues. Fülle und Reichtum umgaben mich ringsum und vermöhnten mich bald. Ich legte zwar meine Studien fort, allein ich wurde doch mehr und mehr davon abgezogen. Die prächtigen Pferde des Grafen lockten mich. Mit Reiz sah ich die Reitknechte täglich spazieren reiten. In mir steckte ein leidenschaftliches, leicht erregbares Blut und mehr als einmal trieb es mich, hinaufzuspringen auf eins der Pferde und hinaus zu jagen, wild über Stock und Stein, um dem Jugendübermut einmal recht vollen Lauf zu lassen.

Ein Zufall kam meinem Wunsche entgegen. Der Graf hatte einen jungen, noch unreingerittenen Hengst. Es war ein schönes, aber unbändiges, wildes Tier, welches auf einer großen, eingezäunten Wiese frei umherlief. Der Graf besah das Tier mit einigen Herren. Einige seiner Reitknechte standen daneben, auch ich. „Nun“, rief der Graf den Reitknechten zu, „wer von Euch wagt es, sich auf den Hengst zu schwingen und ihn zu reiten ohne Zaum und ohne Sattel?“ Die Knechte schwiegen verlegen. Der Graf hatte nur aus Scherz gefragt. Mich trieb der Übermut, mich zu melden. „Kannst Du denn reiten?“ fragte der Graf lachend. Ich erwiderte ihm, daß ich es versuchen wolle. „Es würde Dir schlecht bekommen“, gab der Graf zur Antwort. Seine Gäste drangen in ihn, es zu gestatten. Er wird den Hals nicht brechen, wenn er abgeworren wird, es gibt einen trefflichen Scherz“, hörte ich sie sprechen. „Willst Du es wirklich wagen?“ fragte mich der Graf nach einigem Zögern. „Ja“, erwiderte ich fest. Ich kannte keine Furcht, obgleich mir das Herz schneller schlug. „Der Dürch hat Mut“, riefen die Herren. „Galt Dich nur fest. Wenn Du sitzen bleibst, erhältst Du von jedem ein Geschenk.“

Das Tier wurde an die Umzäunung gelockt, ich stand bereit, und so sehr mir auch das Herz pochte, schwang ich mich dennoch empor und hielt mich mit beiden Händen an der Mähne fest. Anfangs schien das Tier durch die ihm fremde Last erschreckt zu sein, es schlug hinten aus, bäumte sich, sprang zur Seite — ich sah fest. Ich wußte, daß aller Augen auf mich gerichtet waren und ich war ehrgeizig. „Bravo! bravo!“ hörte ich einige der Herren rufen, als das Tier sich vergeblich bemühte, seine Last abzuschütteln. Das feuerte meinen Mut noch mehr an. Da schoß das junge, feurige Tier mit mir wie ein Pfeil davon, durch die Flucht suchte es seine Last los zu werden. Zweimal umlief es die Umzäunung, einen Ausweg suchend — ich sah fest, obgleich mir fast der Atem ausging. Da setzte es mit mächtigem Schreie über die Umzäunung weg und fort ging es nun über die Felder und Wiesen, ich wußte nicht wohin: es begann mir zu schwindeln, allein ich hielt fest.

Allmählich wurde das Tier in seinem Laufe langsamer. Es war über und über mit Schaum bedeckt. Noch immer ging es aber über Gräben und Täune. Endlich sah ich ihn der Atem zu fehlen, seine Flanken bewegten sich hastig feuchend. Da sah ich den Grafen und einige der Herren, sowie die Reitknechte auf Pferden mir nachspringen. Sie waren besorgt um das Pferd oder mich gewesen. Gutwillig ließ der Hengst sie herankommen, sich einen Zaum anlegen und zurückzuführen.

Ich erntete viel Lob. Der Graf klopfte mir auf die Schulter und versprach mir, daß ich Reitknecht werden sollte und sowohl er, wie die Herren beschenkten mich reich. Ja, ich glaubte unendlich reich zu sein, als ich meiner Rutter mehrere Goldstücke schenken konnte. Von dem Tage an wurde ich Reitknecht bei dem Grafen, und ich wurde ein wilder, verwegener Reiter. Kein Tier war mir zu unbändig — ich vermochte es zu reiten und zu zähmen. Ich glaubte damals auf dem Gipfel meines Glückes angelangt zu sein, und ich war auch glücklich. Der eine verwegene Ritt hatte mich zum Lieblichen des Grafen gemacht.

So schwanden einige Jahre für mich glücklich dahin. Zwar starb während der Zeit meine Rutter, allein, jung wie ich war, überwand ich es leichter, und obendrein konnte ich mir gefallen, daß ich während der letzten Jahre jede Not und Sorge von ihr ferngehalten hatte. Da kam an den Hof

des Grafen eine neue Kammerjungfer der Gräfin. Es war ein frisches, junges, hübsches Mädchen. Ich verliebte mich in sie, meine Hoffnungen auf die Zukunft waren damals noch hoch gespannt. Und auch sie liebte mich. Sie wollte mein werden, und schon sann ich ernstlich darüber, mir einen eigenen Herd zu gründen. Ich war unaussprechlich glücklich damals. Freilich sollte es nicht lange währen. Ich entdeckte eines Tages, daß sie ein sehr vertrautes Verhältnis mit dem Grafen hatte. Ich war wütend, fast rasend, ich dachte daran — doch wozu soll ich dies weiter schildern — ich verließ den Dienst des Grafen und wurde Soldat. In das brandenburgische Heer trat ich zuerst ein und socht unter dem Prinzen von Homburg in der Schlacht bei Fehrbellin mit. Später machte ich die Feldzüge im Elsaß gegen die Franzosen und den Krieg in Ungarn gegen die Türken mit. Es war ein lustiges, wildes Leben. Tagelang konnte ich davon erzählen — doch wozu — die Zeiten kehren doch nimmer wieder.

Endlich wurde ich des Krieges und des Umhertreibens müde. Die alte Luft zu den Büchern erweichte wieder und als Soldat hatte ich äußerst wenig Zeit zum Lesen und Studieren. Meine Kameraden würden mich auch verhöhnt haben. Ich kehrte zurück. Einen hübschen Taler Geld hatte ich mir gespart und damit kaufte ich mir ein Haus in Ransdorf, verheiratete mich und wurde Schenkwirt. . . . Wieder war eine glückliche Zeit für mich hereingebrochen. Nach jahrelangem Umhertreiben tat mir die Ruhe doppelt wohl. Ich liebte mein Weib, ich fand Zeit, die Bücher wieder zur Hand zu nehmen und manche Stunde, manche Nacht habe ich darüber gelesen. Ich galt sogar bald in der Umgegend für einen Gelehrten und Wunderdoktor, weil ich mir manche Kenntnis in der Heilkunst erworben hatte und manchen Kranken heilte. Ich tat es nicht des Gewinnes wegen.

Es waren glückliche Zeiten für mich. Meine Frau hatte mir mehrere Kinder geboren und die Kinder wuchsen gesund und kräftig heran. Mein ganzes Herz hing an ihnen. Freilich ging es mit meiner Wirtschaft nicht recht vorwärts, mein ganzes Interesse war ja den Büchern und chemischen Versuchen zugewendet und meine Frau kümmernte sich ebenso wenig darum. Sie liebte es, prächtig gekleidet zu gehen und die Taler mit vollen Händen wegzuworfen. Das ging nun

Wir müssen uns verlagern, die Ursachen der Bewegungen sowie die Erfolge, die bei den verschiedenen Bewegungen erzielt worden sind, des Näheren aufzuführen. Der Gesamterfolg der Bewegungen, soweit er ziffermäßig zum Ausdruck gebracht werden kann, ist folgender: 22 626 Arbeiter erhielten eine Arbeitszeitverkürzung von 3,1 Wochenstunden, zusammen 71 277 Stunden pro Woche. 86 885 Arbeiter erhielten Lohnserhöhungen in durchschnittlicher Höhe von 1,50 Mk. pro Woche. Der wöchentliche Gesamtbetrag der Lohnserhöhungen beträgt 53 344 Mk. Für 12 099 Arbeiter wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen oder erneuert. Für 14 318 Arbeiter wurde eine Regelung der Akkordarbeit erzielt. Für 2608 Arbeiter wurde die Befreiung von Mißständen erreicht. 29 275 Arbeiter erhielten Prozente für Überstunden und für 24 261 Arbeiter wurden sonstige Vorteile erzielt.

Bei den Abwehrbewegungen wurde für 1598 Arbeiter eine Arbeitszeitverlängerung von durchschnittlich 3,4 Wochenstunden und eine Lohnkürzung für 758 Arbeiter von durchschnittlich 2,40 Mk. pro Woche abgewehrt. Insgesamt wurde eine Arbeitszeitverlängerung von 5475 Stunden und eine Lohnkürzung von 1890 Mk. pro Woche abgewehrt. Außerdem für 89 Arbeiter Maßregelung, für 45 Arbeiter die nicht beliebte Akkordarbeit, für 952 Arbeiter schlechte Behandlung und für 1864 Arbeiter sonstige Verschlechterungen.

Die Erfolge fallen noch mehr ins Gewicht, wenn man beachtet, daß die erzielten Arbeitszeitverkürzungen, Lohnserhöhungen usw. von dem Tage des Inkrafttretens dauernd ihre Wirkung ausüben, während die Verschlechterungen sofort in Weaßfall kommen.

Auf ein Jahr berechnet ergibt sich für die Beteiligten eine Arbeitszeitverkürzung von 3 421 296 Stunden und eine Lohnserhöhung von 2 658 512 Mk. Hierzu kommen die sonstigen Errungenschaften. Demgegenüber fallen die Kosten der Bewegungen nicht besonders ins Gewicht. Sie betragen 1 034 384 Mk., von welcher Summe 330 372 Mk. bei den Aussperrungen ausgegeben werden mußten, so daß für die Bewegungen nur 704 012 Mk. in Anrechnung gebracht werden dürfen. Der Verlust an Arbeitsverdienst der Streikenden berechnet sich auf 1 206 456 Mk., daß ist gleichfalls nicht einmal die Hälfte der Summe, die in einem Jahre an Lohnserhöhung bezahlt wird.

Auf dem Gebiet des Tarifwesens sind gleichfalls im ersten Halbjahr 1907 erfreuliche Fortschritte erzielt worden. Neu abgeschlossen wurden 66 Tarife, die 402 Betriebe mit 10 167 Arbeitern umfassen. Erneuert wurden 15 Tarife mit Gültigkeit für 546 Betriebe und 1982 Arbeiter. Die meisten (39) der neu abgeschlossenen Tarife entfallen auf die Maschinenindustrie, während die rein handwerksmäßigen Betriebe etwas in den Hintergrund treten.

Alles in allem können die Metallarbeiter auf ihre Erfolge stolz sein, dies um so mehr, da die Widerstände, gegen die sie zu kämpfen hatten, sehr groß gewesen sind.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Landarbeiter-Tödtl. Vor dem Schwurgericht in Gleiwitz hatte sich dieser Tage ein Gutsbeamter namens Emil Graber über die Anklage der gefährlichen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu verantworten. Es wurde erwiesen, daß der Angeklagte am 18. Januar d. J. den Knecht Franz Lattasch, der unter ihm auf dem Dominium Chudom bei Breiswitz diente, durch Fußtritte in den Unterleib derart mißhandelte, daß L. schwere innere Verletzungen erlitt. Infolge einer hinzugekommenen Bauchfellentzündung starb der Mißhandelte nach einigen Tagen. Während einige ärztliche Sachverständige den Tod des Lattasch ganz unbedingte auf die von dem Angeklagten verübte schwere Mißhandlung zurückführten, sprachen sich einige andere Sachverständige etwas unbestimmter aus, soweit es sich um die unmittelbare Ursache des Todes, die Bauchfellentzündung als Folge der Verletzung handelte. Und obwohl die schwere Körperverletzung des Lattasch durch Graber ganz ohne Zweifel durch die Beweisaufnahme festgestellt war, vernichteten die Geschworenen doch die Schuldfragen, worauf das Gericht den rohen Menschen kostenlos freisprechen mußte. Mit welcher Freude werden die Landarbeiter diesen humanen Borgefekten auf seinen Posten zurückkehren sehen.

Folgen der Eifersucht. Aus Görlitz meldet ein Telegramm: Der Baumeister Windschild aus Weißwasser, der auf den Tierarzt Gutsche aus Bunzlau, den Verlobten eines jungen Mädchens, mit dem Windschild ein Verhältnis unterhalten hatte, auf dem Bahnhof Weißwasser aus Eifersucht fünf Revolverkugeln abgeben hatte, wurde vom Schwurgericht zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Windschild, der verheiratet ist, wollte sich scheiden lassen, um seine Geliebte heiraten zu können.

Unter dem Verdacht des Giftmordes. Vor dem Schwurgericht in Hirschberg (Schlesien) begannen am Dienstag die Verhandlungen in einem neuen Giftmordprozeß. Der Giftmordprozeß gegen die Frau Feige aus Grünau, die vor zwei Wochen hingerichtet worden ist, ist noch nicht aus der Erinnerung der Bevölkerung gelöscht, und schon wieder hat sich eine Frau aus demselben Ort wegen Giftmordes vor den Geschworenen zu verantworten. Zwischen der Tat der nun hingerichteten Frau Feige und der hier unter Anklage stehenden Frau Scholz scheint ein gewisser innerer Zusammenhang zu bestehen, denn Frau Feige war eine gute Freundin der Angeklagten, vor der sie keine Geheimnisse zu haben pflegte. Die Vorgeschichte der Mordaffäre ist folgende. Bei der Handelsfrau Pauline Scholz in Grünau wohnte der frühere Kammereiarbeiter Wendelin Schäffer, der im Besitz von etwa 2000 Mark Vermögen war. Trotz seiner 67 Jahre suchte er im Januar 1906 durch ein Inserat in der Zeitung noch eine Lebensgefährtin. Das wurde ihm aber zum Verhängnis, denn kurze Zeit darauf, am 31. Januar 1906, starb er plötzlich unter den Symptomen von Brechdurchfall. In seinem Nachlaß fand sich ein Testament, in dem Frau Scholz als Universalerbin eingesetzt war. Das Gericht hatte jedoch Bedenken gegen die Echtheit des Testaments, und die Scholz bekam die Erbschaft nicht ausgezahlt. Als anläßlich der zeitigen Giftmordaffäre Leichenausgrabungen in Grünau stattfanden, wurde auch der Tod des alten Schäffer verdächtig gefunden. Es hieß bald allgemein, auch er sei keines natürlichen Todes gestorben. Am 4. Februar erfolgte daher die Ausgrabung der Leiche. Die chemische Untersuchung bestätigte auch den Verdacht, denn das chemische Untersuchungsamt der Stadt Breslau stellte fest, daß in der Leiche große Mengen Arsenik vorhanden waren. Auch Frau Feige hatte ihre Opfer mit Arsenik vergiftet. Daraufhin wurde am 6. Mai d. J. in dem Hause der Frau Scholz eine Hausdurchsuchung abgehalten und mehrere Flaschen mit Inhalt wurden beschlagnahmt. Frau Scholz, die erst später dazu kam, wurde in Untersuchungshaft genommen. Sie ist jetzt angeklagt wegen Mordes und schwerer Urkundenfälschung. Die Angeklagte gestand beim Verhör zu, daß sie mit der hingerichteten Frau Feige gut bekannt war, leugnete aber entschieden, irgend etwas von der Tat zu wissen. Das Schwurgericht in Hirschberg verurteilte nach zweitägiger Verhandlung die Handelsfrau Scholz aus Grünau wegen Giftmordes, begangen an dem

Kammereiarbeiter Wendelin Schäffer aus Hirschberg zum Tode und wegen Testamentfälschung zu drei Jahren Zuchthaus.

Todesurteil. Nach einer Meldung der Ostseeztg. verurteilte das Schwurgericht in Rößlin den Maurer Preuß, der die 16jährige Dienstmagd Kirchenwitz ermordet hatte, wegen Mordtats zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und wegen Mordes zum Tode.

Ein Auch-Terrorist. Von vieren seiner Mitarbeiter wollte der Schmied Böhnick vom „Vulkan“ in Stettin mißhandelt worden sein, weil er seinerzeit beim Mieterstreik nicht mitgestreikt hätte und der mehrfachen Aufforderung, dem Verbands beizutreten, nicht nachgekommen sei. Diefelben wurden deshalb unter Anklage gestellt, aber auch gegen Böhnick wurde das Verfahren eröffnet. Vor dem Schöffengericht in Stettin am 12. d. M. schilderte der arbeitswillige Herr seine Not, die ihm die terroristischen Mitarbeiter verursacht hatten. Die Bemerkung aufnahm war überraschend für das Publikum und zerschmetternd für Böhnick. Nicht er war angegriffen und mißhandelt worden, sondern er hatte in ganz roher Weise einen mitangeklagten Schmied belästigt und mit einem dicken Kantholz bearbeitet. Die übrigen drei Mitangeklagten hatten Böhnick, der sich wie rasend geberdete, von weiteren Angriffen auf sein Opfer abgehalten. Nach diesem Ergebnis war die Freisprechung der vier „Terroristen“ so gut wie sicher. Sie erfolgte auch nach dem Antrage des Anwalts. Der schon zweimal wegen Robeidsdelikte vorbestrafte „terroristische“ Streikbrecher wurde dagegen zu der milden Strafe von 30 Mk. verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Ein Schulfahrer als Eisenbahnunfalltäter. Am 4. d. M., kurz nach Abfahrt des von Hannover kommenden Güterzuges 7616, etwa 9 Uhr 20 Min. abends, wurde, laut amtlicher Meldung der Eisenbahnbehörde, mit einem Steine nach dem Zuge geworfen, wodurch die Fensterscheibe eines Bremshäuschens zertrümmert wurde. Dem die Bremse bedienenden Bremsler K. aus Hamholz flogen die Glassplitter sowie auch der Stein ins Gesicht und verletzten ihn schwer an beiden Augen und am Kopfe, so daß er nach Anfuhr des Zuges in Bremen sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Nach Angabe des Arztes soll sogar das eine Auge verloren und das andere wohl kaum zu erhalten sein. Als Täter kommt ein etwa 12jähriger Schulfahrer aus Hannover in Frage, welcher seine Schuld dem Gendarmereiwachmeister zu Langmedel bereits eingestanden hat.

Aus der Kaserne. Wegen Soldatenmißhandlung in mehreren Fällen wurde der Unteroffizier Wilh. Mattis der 1. Batterie des 5. Bad. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 76 in Freiburg (Baden) festgenommen. Erst vor kurzem, am 28. September, wurde gegen einen Unteroffizier desselben Regiments vor dem Kriegsgericht verhandelt, der wegen ganz abcheulicher Brutalitäten 7 Monate Gefängnis erhielt. — Der Russeiter Nürnberg der 1. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 136 entfernte sich am 22. August d. J. von seinem Truppendeil und stellte sich am 4. September wieder freiwillig. Nürnberg erklärt, er sei weggelaufen, weil er zu viel zum Nachgeretieren herangezogen und von dem Sergeanten Bonnes und von dem Unteroffizier Reichmann mißhandelt worden sei. Ersterer habe ihn einmal auf dem Schießstande hin- und herlaufen lassen, ein ander Mal habe er ihn gegen die Gemüßfüßen gestoßen. Unteroffizier Reichmann habe ihn einmal ins Gesicht geschlagen, weil ihm ein Zeltzubehörfuß gefehlt habe. Wegen Mißhandlung eines Untergebenen wurden Bonnes und Reichmann vom Kriegsgericht der 30. Division mit je 10 Tagen mittleren Arrest. Nürnberg wegen unerlaubter Entfernung mit sechs Wochen und einem Tag Gefängnis bestraft. — Einen Selbstmordversuch unternahm in Celle ein Soldat der 11. Kompanie des 77. Infanterie-Regiments. Der Vaterlandspatrouillier, der erst vor einigen Tagen in die Armee eingestellt wurde, versuchte, sich mit einem Messer die Kehle zu durchschneiden. Der Rekrut wurde mit einer schweren Schnittwunde ins Garnisonlazarett eingeliefert.

Sungertob im Walde. Von einem traurigen Lebensschicksal weiß nachstehende Meldung zu berichten: Im Walde bei Dürrmühl in der Nähe des böhmischen Badeortes Marienbad wurde die vollständig entkleidete Leiche des seit einigen Wochen vermißten Redakteurs der Brüxer „Volkszeitung“, Hugo Ritschel, aufgefunden. Ritschel litt schon seit längerer Zeit an nervösen Anfällen, die sich zu vorübergehender Geistesstörung steigerten; er lebte in dem Wahne, daß er verhungern müsse. Als er stellenlos wurde, und mit seiner Familie in drückende Notlage geriet, verschlummerte sich sein Leiden und eines Tages war der unglückliche Mann spurlos verschwunden; alle Nachforschungen blieben erfolglos, bis endlich seine Leiche im Walde gefunden wurde. Der Körper war bis zum Skelett abgemagert, und es unterliegt keinem Zweifel, daß der Arme in geistiger Annäherung lange Zeit im Walde umhergeirrt ist, bis er verhungerte. Von den Kleidern konnte bisher nichts gefunden werden; es ist wahrscheinlich, daß der Unglückliche schon längere Zeit vor Eintritt des Todes nackt im Walde gehauert hat.

Die Koblenzer Landesverrats-Affäre. Zur Landesverrats-Affäre Schiwara meldet die „Koblenzer Volksztg.“, daß die Untersuchung noch lange nicht abgeschlossen ist, vielmehr noch weitere Kreise ziehen werde. Schiwara wurde nach Koblenz transportiert, wo gleichzeitig auch der die Untersuchung in Köln führende Kriegsgerichtsrat Kloss mit dem Reichsgerichtsrat Gasa eintraf. Auf dem Geschäftszimmer der zweiten Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 23 wurde Schiwara dem dort in Untersuchungshaft sitzenden Regimentsmeister Gienstein gegenübergestellt. Ein einstündiges, eingehendes Verhör soll für Gienstein geradezu vernichtend gewesen sein. Schiwara hat sein früheres Verhalten geändert und erklärt nunmehr, daß er nicht Geheimnissen gestohlen habe, daß ihm vielmehr mehr Material angeboten worden sei, als er verwenden konnte. Die Affäre spielt jetzt auch nach Jüterbog hinüber.

Über die Affäre der Bürgermeistertochter in Brand, worüber wir mehrfach berichteten, werden neue Einzelheiten bekannt, die erkennen lassen, daß der Mordplan von langer Hand vorbereitet war. So hat sich herausgestellt, daß Grete Beier schon vorher, ehe sie ihrem Vater den Revolver entwendete, sich eine Mordwaffe zu beschaffen versucht hat. Sie beauftragte vor längerer Zeit die Branders Botenfrau, ihr in einer Freiburger Waffenhandlung einen Revolver mit scharfer Munition zu kaufen. Der Waffenhändler lehnte indes die Verabfolgung des Revolvers ab, weil die Botenfrau eine Bescheinigung nicht vorweisen konnte. Tags darauf kam die Botenfrau wieder, zeigte eine von der Grete Beier ausgestellte Bescheinigung vor und erhielt darauf den Revolver. Allerdings gab der Händler nur Gaspatronen mit und machte dem Bürgermeister Beier telephonisch Mitteilung von dem Waffenlauf seiner Tochter. Dieser nahm daraufhin seiner Tochter die Waffe wieder ab und brachte sie nach einigen Tagen dem Händler wieder zurück. Da ihr dieser Versuch, zu einer Mordwaffe zu gelangen, nicht glückte, verschaffte sich die Beier einen

von der Branders Polizeibehörde konfiszieren Revolver eine Selbstmörders, mit dem sie dann ihren Bräutigam erschloß. Daß häßlichste Gabtier der Beweggrund zur Mordtat war beweist auch folgende Darstellung: Wenige Tage nach Pfeblers Tode kamen die Mutter Beier und ihre Tochter letztere in einem neuen Kleide — mit einem Möbelwagen vor der Chemnitzer Wohnung Pfeblers vorgefahren. Die beiden beide die ganze Wohnungseinrichtung Pfeblers, sein Wäsche, Kleidungsstücke, sogar die Restbestände seines Weinstellers in den Wagen, um alles nach Brand mitzunehmen. Beim Einpacken äußerte Grete Beier dem Speiteur gegenüber, daß es gut wäre, daß Pfebler tot sei. Als verheirateter Mann hätte er sie ja doch einmal nicht heiraten können, und vielleicht hätte er sie, wenn sie gerade in Chemnitz gewesen wären, eben aus diesem Hindernisgrunde erschossen. Hieraus ergibt sich, daß es die Grete Beier selbst war, die das ganz unbegründete Gerücht verbreitete, Pfebler sei verheiratet.

Eine Staatsaktion gegen die Antimilitaristen. Aus Berlin meldete gestern das offiziöse Wolffsche Bureau: Die Polizei verhaftete vormittags sechs Unterzeichner des jüngsten antimilitarischen Manifestes, worin den zum Militärdienst Ausgehobenen empfohlen wird, zu desertieren; auf die neun weiteren Unterzeichner wird gefahndet.

Risiko der Arbeit. Dem „Mäinger Journal“ zufolge stürzten im benachbarten Weissenau drei Arbeiter von einem Hängegerüst aus beträchtlicher Höhe herab. Zwei waren sofort tot, der dritte liegt im Sterben.

Durch hereinbrechende Erdmassen sind in der Löngrube bei Eisenberg zwei Arbeiter getötet worden.

Seemannsloos. Das am Dienstag voriger Woche von Kopenhagen abgegangene schwedische Barkschiff „Capelle“ kollidierte Montag nacht im Mandsmeer mit dem Göttinger Dampfer „Landen“ in dichtem Nebel. Die „Capelle“ sank binnen wenigen Minuten. Bei der herrschenden Dunkelheit und der Verwirrung war es unmöglich, die Boote auszufischen. Der Steuermann und 6 Mann der Besatzung wurden gerettet und landeten in Farnfund, während der Kapitän und drei Männer tranken.

Schlimme Folgen des Alkohols. In Offingen bei Günzburg an der Donau hat der Barbier Keller die Frau seines Hauswirts in der Trunkenheit angegriffen und ihrem zu Hilfe eilenden 23-jährigen Sohn den Hals abgeschnitten. Der Tochter der Bäuerin wurden von dem Anhold drei Finger abgeschnitten. Der Unmensche wurde verhaftet.

Durch glühendes Metall verbrannt. In Willmoll (England) wurden infolge Umklippens eines Behälters mit glühendem Metall in einer Metallgießerei zwei Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt.

Verhängnisvolle Straßenaufahrt. Aus Halifax (Grafschaft York) wird gemeldet: Ein Straßenbahnwagen, der mit Arbeitern besetzt war, wurde Dienstag früh zertrümmert. Drei Personen wurden getötet, 31 schwer verletzt. Der Wagen war gerade einen steilen Hügel hinaufgefahren, als die Stange oben aus dem Leitungsdraht sprang und die elektrische Bremsvorrichtung unbrauchbar wurde. Der Wagen raste rückwärts, sprang aus dem Gleis, stieß gegen die Gebäude und wurde zertrümmert.

Die Explosions-Katastrophe in Amerika. über die Explosion in Indiana werden nachfolgende Einzelheiten aus New-York telegraphiert: Dienstag morgen ging Duponts Sprengpulverfabrik in Fontane (Indiana) in die Luft. Es wurden sämtliche Gebäude im Umkreis von einer halben Meile zerstört. Durch die Hitze der brennenden Trümmer explodierten 10 000 Pulverfässer. Der Bahnhof wurde schwer beschädigt. In einem Zuge zerbrachen alle Fenster, wobei die Passagiere verletzt wurden. Bei der ersten Explosion, die in Duponts Pulverfabrik stattfand, wurden viele Angestellte getötet. In Zwischenräumen von wenigen Sekunden gingen zwei weitere Pulverfabriken in die Luft. Die Arbeiter dieser Fabriken hatten bei der ersten Explosion die Flucht ergriffen und wurden von den unterliegenden Trümmern verletzt. Die Einwohner der Stadt stürzten aus den Häusern und retteten sich vor den Trümmern. 1 1/2 Stunden nach der ersten Explosion flog das einige hundert Meter entfernte, in einer Senkung gelegene Pulvermagazin auf. Dabei wurden mehrere der an der Rettung beteiligten Personen verletzt. Die Erschütterung hierbei war die furchtbarste von allen. Ein in der Nähe der Pulverfabrik stehender Güterzug geriet in Brand. Die Hitze der brennenden Trümmer machte die Rettung der unter ihnen liegenden Personen unmöglich. 18 scharf verstimelte Leichen sind in der Leichenhalle aufgedahrt. Überall liegen Verletzte umher. Die Wände und Dächer vieler Häuser sind fortgerissen, die Einrichtungen in alle Winde zerstreut. Aus dem 20 Kilometer entfernten Brazil eilten Ärzte und Pflegerinnen herbei. Die Erschütterung wurde in dem 109 Kilometer entfernten Indianapolis und auch in Cincinnati vernommen.

312 Bände zusammengeredet. In den vierzig Jahren seit Bestehen des norddeutschen Reichstages, also von 1867 bis 1907, sind im Reichstage 123 Bände stenographischer Berichte herausgegeben worden. Jeder Band enthält durchschnittlich die Verhandlungen von 70 Sitzungen, und jeder Sitzungsbericht ist wiederum durchschnittlich 45 Seiten stark, so daß jeder Band im Durchschnitt 1350 Seiten oder 337 1/2 Bogen enthält, insgesamt hat also der Reichstag in vierzig Jahren geredet: 126 Bänden mit 166 050 Seiten oder 41 512 1/2 Bogen. — Ein ganz Genauer hat noch folgendes von vielen Berichten festgesetzt: Jede Seite enthält zwei Spalten, jede Spalte durchschnittlich 70 Zeilen, in vierzig Jahren wurden also 332 100 Spalten und 2 324 700 Zeilen zusammengeredet. Rechnet man den Durchschnitt der Worte der Zeile auf 8, so wurden in vierzig Jahren im deutschen Reichstage insgesamt 18 597 600 Worte, rund also 18 1/2 Millionen Worte gesprochen. Die Zahl der gesetzten Buchstaben in jeder Zeile wird mit 45 im Durchschnitt angenommen, die in vierzig Jahren vom Reichstage verzapfte Weisheit besteht also aus 104 611 500 Buchstaben.

Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 10 000
- Berlin, diverse Beiträge, 577,50
- Bromberg, Arbeitersekretariat, 3.—
- Borna, 14. jährl. Reichstagswahlkreis, 200.—
- Bernburg, Beitrag für 2. Quartal 07 96,58
- Sarg-Hamslau 2. Quartal 07 35,40
- Bern 30.—
- Chemnitz, Stratus 1. Dresden, aus Unterhand und Posheit, 2 Raten 2
- Dessau, Wahlkreis Anhalt 1, 3. Quartal 07 100.—
- Halleberg (Oberhessen) 2.—
- Friedenau, 2 5.—
- Damburg, Abergisch aus „Damburger Echo“-Betrieb 25 000.—
- Damburg, eingegangen in der Expedition des „Damburger Echo“ 52,30
- Röln a. Rh., Reg. B. 20.—
- Liegnitz-Goldberg, Dagnau, 1. Halbjahr 07 86,74
- Luderswalde, Rufus 6.—
- Limbach i. S., Beitrag des sozialdemokratischen Kreisverbandes für den 15. jährl. Reichstagswahlkreis 400.—
- von A. 2.

